



# Freikorps im Spiel der Politik

Zur Geschichte der deutschen Freikorps 1918–1920

René Hoffmann

René Hoffmann  
Freikorps im Spiel der Politik



René Hoffmann

# Freikorps im Spiel der Politik

Zur Geschichte der deutschen Freikorps 1918–1920

Umschlagabbildung: Gustav Noske mit General Maercker, Truppenbesuch bei den Freiwilligen Landesjägern, 1919. Foto: Bundesarchiv, Bild Y 1-548-782-72.

ISBN 978-3-7329-0829-5

ISBN E-Book 978-3-7329-9131-0

ISSN 1860-1960

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur  
Berlin 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-  
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in  
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,  
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.

Printed in Germany.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

[www.frank-timme.de](http://www.frank-timme.de)

*Humanas actiones non ridere,  
non lugere neque detestari,  
sed intellegere studui.*

*Ich habe mich bemüht,  
menschliche Handlungen nicht zu belachen,  
nicht zu betrauern und nicht zu verabscheuen,  
sondern zu verstehen.*

Baruch de Spinoza



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	9
<b>1 Zusammenbruch</b> .....	25
1.1 Hinter die Regierung statt vor die Monarchie .....	43
1.2 Wie Zugvögel nach einem mörderischen Sturm .....	59
<b>2 Das Jahr 1919</b> .....	77
<b>3 Die Wanderer ins Nichts</b> .....	115
3.1 Freikorps und Spartakisten: „... wir überrennen diesen Klügel in Weimar wie nichts!“ .....	132
3.2 Zwischen allen Stühlen: Der Sonderfall der Baltikumer .....	154
3.3 Freikorpsgeist: Anmerkungen zu einem fragwürdigen Begriff ...	184
<b>4 Bruchlinien</b> .....	207
4.1 Triumph der Gewalt: Das Trauerspiel von Versailles .....	234
4.2 Der unselige Flaggenstreit .....	278
<b>5 Kapp-Putsch</b> .....	285
<b>6 Ruhraufstand</b> .....	317
6.1 Aktionen und Reaktionen 1918/19 .....	318
6.2 Eskalation 1920 .....	336
6.3 Amtsträger .....	415
6.4 Legende und Hintergrund .....	424
<b>7 Weichenstellungen</b> .....	455
<b>Zusammenfassung</b> .....	475

## **ANHANG**

<b>Ergänzungen</b> .....	483
Bielefelder Vereinbarungen vom 24. März 1920 .....	483
Ultimatum der Reichsregierung vom 29. März 1920 .....	488
Zusätze des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos VI .....	490
<b>Angaben zu Quellen und Literatur</b> .....	491
A. Ungedruckte Quellen .....	492
B. Gedruckte Quellen .....	495
C. Literatur .....	500
D. Zeitschriften, Zeitungen .....	505
E. Elektronisch eingesehene Materialien .....	506
<b>Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen</b> .....	509
<b>Anmerkungen</b> .....	521
<b>Register</b> .....	589
Personenregister .....	589
Ortsregister .....	600
<b>Bildnachweise</b> .....	605

# Einleitung

„Alle Kriege sind schlimm, aber der Bürgerkrieg ist der schlimmste von allen, denn er bringt den Freund auf gegen den Freund, den Nachbarn gegen den Nachbarn, den Bruder gegen den Bruder.“<sup>1</sup> So schlicht wie eindringlich skizzierte der erfahrene spanische Kriegskorrespondent Arturo Perez-Reverte die Tragik eines Bürgerkrieges mit ihren kaum zu entwirrenden Verstrickungen der menschlichen Psyche.

Bereits die Kategorisierung der Ereignisse im Deutschland der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg als „Bürgerkrieg“ vermag ärgerliche Abwehrreaktionen hervorzurufen, aus dem öffentlichen Bewußtsein ist die Erinnerung an das Geschehen der Jahre 1918-1920 weitgehend verschwunden. Es gibt jedoch Grund zu der Annahme, daß die Auswirkungen der damaligen Ereignisse bis in die Gegenwart zu spüren sind, der Konflikt tatsächlich nie ganz zur Ruhe kam. An der Frage der Darstellung und Bewertung der von der Regierung gegen revolutionäre Bestrebungen an unterschiedlichen Orten und an den Grenzen des Reichsgebiets eingesetzten Freikorps scheiden sich die Geister. Es wird deutlich, daß den Empfindungen und politischen Vorgaben der damaligen revolutionären Parteien und Gruppierungen sich verbunden fühlende Wissenschaftler, Journalisten und Propagandisten es vermochten, ihre eindimensionale Sichtweise auf die Soldaten der Freikorps im journalistischen und wissenschaftlichen „mainstream“ inzwischen weitgehend durchzusetzen. „Sie arbeiten zu den Freikorps? Da sind die Ergebnisse doch wohl klar.“ Solche oder ähnliche Äußerungen hörte der Verfasser bereits bei ersten Vorgesprächen zur Thematik von angesprochenen Fachkollegen. Mehr als einmal stand sinngemäß oder direkt das Wort vom „Konsens“ im Raum zur grundsätzlichen Einschätzung der Freikorps und ihrer Angehörigen. „Wenn es Wissenschaft ist, gibt es keinen Konsens. Wenn es Konsens gibt, ist es keine Wissenschaft.“ Der lapidaren Feststellung des amerikanischen Schriftstellers Michael Crichton braucht nichts hinzugefügt zu werden. Die argumentative Berufung auf einen Mehrheitskonsens ist derart hinterwäldlerisch und wissenschaftsfeindlich, daß jeder Wissenschaftler vor dem Gedanken zurückschrecken sollte. Auch allge-

meinere Hinweise auf einen sachlich kaum aussagekräftigen Forschungsstand sind wenig sinnvoll, denn es gibt kein Wissen „auf Vorrat“ anzuhäufen, wonach das Erkenntnisinteresse an Korrekturen perspektivisch einseitiger und schiefer Darstellungen und die verbesserte Wahrnehmung und Hervorhebung übersehener und unterbewerteter Ansätze als unnötig anzusehen wären. Ebenso ist jede pauschal gruppenbezogene Zuweisung von Charakter- und Verhaltensgrundzügen abzulehnen. Derartige Zuweisungen setzen eine „Theorie von der Solidarhaftung des Individuums voraus, die so ultrareaktionär ist“ (Kurt Hiller), daß sich jeder Historiker schämen sollte, damit zu arbeiten. Wo der Einzelne nicht zählt, zählt am Ende gar keiner.

Eine vielfach angenommene Zwangsläufigkeit in der Entwicklung der einzelnen Freikorpsoldaten wird ebenso bezweifelt wie die behauptete Unmöglichkeit der Formierung staatsreuer Truppen bei gleichzeitig zunehmender innerer Distanz der meisten Freikorpsoldaten gegenüber der von ihnen unter Einsatz ihres Lebens gestützten Republik von Weimar. Jede Behauptung von Zwangsläufigkeiten in historischen bzw. politischen Zusammenhängen ist zuerst zu betrachten unter dem Verdacht versuchter Manipulation des Adressaten zur Verschleierung politischer Absichten oder propagandistischer Verfälschungen und zur Blockierung unerwünschter Fragen und gedanklicher Verknüpfungen. Es wird erwartet, daß sich Hinweise aufzeigen lassen, die es zulassen, derartige Annahmen zu wesentlichen Teilen einzuordnen als Bestandteile politisch-propagandistisch motivierter Ablenkungsmanöver zur Verhinderung denkbarer Verantwortungsfragen an zu benennende Einzelpersonen oder abgrenzbare Gruppierungen.

In Abhandlungen zu den mit zum Teil schwerster Gewaltausübung einhergehenden Ereignissen in Deutschland während der chaotischen Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wurde die naheliegende Frage nach auslösendem Moment sowie Ursache und Wirkung häufig gar nicht erst gestellt. Ein gewaltsamer Umsturz war jedoch in Deutschland Ende 1918 überflüssig geworden, aus dem monarchisch-konstitutionellen Reich war bereits ein parlamentarisch regierter Staat geworden. Das Land befand sich spätestens seit dem Herbst in einer ungemein schwierigen Übergangsphase bei fortdauernder Bedrohung von außen. Das Bestreben der äußersten Linken, eine weitergehende Revolution in ihrem Sinne zu betreiben, hinterließ eine Spur von Gewaltakten.

Wenn es in deren Folge zu Exzessen auf beiden Seiten kam, ist dies zunächst ebenso zu bedenken wie die psychologische Wirkung des staatlichen Zusammenbruchs bei gleichzeitiger Kriegsniederlage, die offenkundige Einmischung des bolschewistischen Russland in die mit schwerer Gewaltanwendung einhergehenden Revolutionierungsbestrebungen in Ost- und Mitteleuropa, die massiven Bedrohungen der östlichen deutschen Siedlungsgebiete ebenso wie die Aufzwingung der Friedensbedingungen. Mag die Frage angesichts des Geschehens auch müßig erscheinen, so muß doch daran erinnert werden, daß aus revolutionären Gruppierungen und deren Gefolge heraus vom ersten Tag an physische und psychische Gewalt ausgeübt wurde. Es hatte vielerorts massive Einschüchterungen, schwere Übergriffe auf Unbeteiligte, Tote und Verwundete gegeben, ehe kampfkraftige Truppen der Regierung überhaupt erstmalig in das Geschehen eingreifen konnten. Erst durch die neu aufgestellten Freikorps wurde die rechtmäßige Regierung dann in die Lage versetzt, den radikalen revolutionären Kräften mit einer tatsächlich auch kampfkraftigen bewaffneten Macht entgegenzutreten.

Unter „Freikorps“ sind in Anlehnung an eine Definition von Matthias Sprenger diejenigen mobilen militärischen Freiwilligenverbände der unmittelbaren Nachkriegszeit 1918–1920 zu verstehen, die mit mindestens anfänglicher Unterstützung der Reichsregierung von dieser zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren wie zur Abwehr von Bedrohungen von außen angeworben und unterhalten wurden, nach dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam organisiert, und im Gegensatz zu regulären Heeres- oder Marineverbänden in hohem Maße auf eine starke Führerpersönlichkeit ausgerichtet waren.<sup>2</sup> Der zeitliche Rahmen wird im Wesentlichen begrenzt auf die Zeit des offiziellen Bestehens der Freikorps bis zu deren verfügbarer Auflösung im Sommer 1920 nach dem letzten großen Einsatz der Verbände gegen die Rote Ruhr-Armee im März/April 1920. Rolle, Selbstverständnis und Wahrnehmung dieser Soldaten werden insbesondere vor den emotional bzw. psychologisch wirkmächtigen Hintergründen und Abläufen eingehend betrachtet, um zu einem differenzierteren Verständnis der Geschichte der Freikorps zu gelangen. Mit den Worten von Hagen Schulze soll „den politischen, militärischen, soziologischen und psychologischen Verkettungen“<sup>3</sup> nachgegangen werden, innerhalb derer Führung und Mannschaften dieser Freiwilligenverbände agierten und

wahrgenommen wurden. Eine umfassende Auflistung und Darstellung oder Bewertung der revolutionären Ereignisse in Deutschland zum Ende des Ersten Weltkrieges in ihrer Gesamtheit wie in ihren regionalen Besonderheiten ist in diesem Zusammenhang nicht beabsichtigt.<sup>4</sup> Mit einem Schwerpunkt auf dem „Roten Ruhraufstand“ von 1920 als dem letzten großen Einsatz von Freikorps im Auftrag der Regierung erfolgen die Darlegungen zur Erläuterung gruppenspezifischer Handlungszwänge und des Spektrums von wesentlichen, auch im täglichen Leben wahrnehmbaren Erfahrungen, nachvollziehbaren Folgerungen und möglichen Erwartungen oder Befürchtungen, durch die sich der hier in Frage stehende Personenkreis in den eigenen Motivierungen, Entschlüssen und Handlungen herausgefordert oder aufgerufen und bestätigt fühlen konnte. Daß andere Individuen einzeln oder in der Gruppe durch anders gewichtete Wahrnehmungen und Empfindungen zu anders gelagerten Motivierungen, Entschlüssen und Handlungen gelangen und sich darin in ähnlicher Weise herausgefordert oder aufgerufen und bestätigt fühlen konnten, wird weder bezweifelt noch bewertet.

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände fanden im Ruhrgebiet im Frühjahr 1920 mit der bewaffneten Erhebung der „Roten Ruhr-Armee“ im Gefolge des gescheiterten „Kapp-Putsches“ in Berlin einen entscheidenden Höhepunkt. Die von beiden Seiten mit großer Härte geführten Kämpfe fanden in der Folgezeit eine Fortsetzung in heftigen propagandistischen Auseinandersetzungen um Darstellung und Deutung des Geschehens, die bis in die Gegenwart fortwirken. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Rolle der Freikorps. In der entsprechenden Literatur ist, wie so oft, die Grenze zwischen „wissenschaftlich“ und „nicht wissenschaftlich“ fließend. Arbeiten sind geprägt von persönlicher moralischer Intention, die sich in der frühen Phase der direkt beteiligten Generationen vorrangig auf zwei entgegengesetzten Motivationshintergründen aufbaute. Zunächst diejenigen Autoren und Forscher, die entweder selbst direkt als Mitglied eines Freikorps an den Ereignissen beteiligt gewesen waren und demgemäß, bewußt oder unbewußt, immer auch Sinnhaftigkeit und Berechtigung des eigenen Handelns darzulegen versuchten, oder die als Vertreter der politischen Rechten, ebenfalls bewußt oder unbewußt, den Gleichklang zwischen der eigenen politischen Grundüberzeugung und einer von daher angenommenen Folgerichtigkeit des Handelns der für die eigenen Grundüber-

zeugungen bereits vereinnahmten Truppe herzustellen versuchten. Sodann diejenigen Autoren und Forscher, die aus ihrem politischen Hintergrund oder ihrer Lebensgeschichte heraus ein empfundenes Gerechtigkeitsproblem glaubten aufarbeiten zu müssen, wonach die Leiden der in den Bürgerkriegsausinandersetzungen unterlegenen Seite der „Arbeiterbewegung“ ebensowenig ausreichende Würdigung erfuhren wie die dabei verübten Verbrechen der Siegerseite.

Als Einstieg und Einstimmung in die sperrige Thematik bietet sich Alfred Döblins dreibändiges Werk „November 1918“, in dem der Autor exzellent gezeichnete Stimmungsbilder zur Situation bei Ende des Krieges entwirft und zur psychologischen Situation von Soldaten und späteren Freikorpsangehörigen. Döblin arbeitete sich daran als politisch links Stehender aus eigener, direkter Erfahrung mit Wissen über die Geschehnisse wie mit Empathie und Verständnis menschlicher Unzulänglichkeiten an den Zeitproblemen ab. Als Rahmen reichten ihm dazu wenige, ebenso dramatische wie lähmende Wochen des letzten Quartals von 1918. Döblin vermied Abirrungen in das Propagandistische oder gar Doktrinäre, lediglich seine Abneigung gegen Friedrich Ebert machte er deutlich, indem er ihn als kleinbürgerlich-feigen Kollaborateur mit der Heeresleitung skizzierte. Döblin griff recht exakt konkrete, belegte historische Fakten in der Form eines Romans auf, und auch die Tatsache, daß er seine Arbeit nicht im unmittelbaren Erlebenszusammenhang schrieb, sondern aus der Position des Wissenden um die Entwicklung der nachfolgenden Zukunft erst in späteren Jahren im Exil fertigstellte, tut dem grundsätzlichen Wert des Werkes keinen Abbruch.

Für die frühe Forschungs- und Überlieferungsentwicklung ist an erster und zweifellos herausragender Stelle Emil Julius Gumbel zu benennen mit seinem zentralen Werk „Vier Jahre politischer Mord“, erschienen bereits 1922. Gumbel verfasste seine kommentierten Untersuchungen als Statistiker aus seiner pazifistisch-linkssozialistischen Perspektive. Er kann für die Folgezeit als eine Art erster „Chefankläger“ der politischen Linken gegen Reichsregierung und Militär resp. Freikorps im Besonderen angesehen werden. Seine Arbeiten wurden zur Blaupause für den Argumentationsaufbau zur Rezeption der Bürgerkriegs-Ereignisse während der Anfangsphase der Weimarer Republik in ihrer Gesamtheit aus politisch linker Sicht. Auf der anderen Seite ist der

politisch weit rechts einzuordnende Ernst von Salomon trotz seiner bekannten Radikalität und auch terroristischen Verwicklungen zweifellos der bis heute bekannteste unter den Autoren der ersten Phase aus den Reihen der ehemaligen Freikorpsoldaten. Salomon bedarf hier nicht allein als Verfasser seines im gegebenen Zusammenhang wohl wichtigsten Werkes „Die Geächteten“, eines im Erzählten aus der Sicht eines ehemaligen Freikorpskämpfers verfassten Tatsachenromans aus dem Jahre 1930 Erwähnung. Er ist zudem bedeutend als bekanntester Vertreter eines neben den ehemaligen Frontsoldaten ähnlich wichtigen weiteren Archetypus der Freikorpskämpfer, nämlich der „Zu-spät-Gekommenen“ der wilhelminischen Jugend, die aufgrund ihres Geburtsjahrgangs zu keinem nennenswerten Kriegseinsatz mehr herangezogen worden waren, und die sich dann bei Kriegsende, am Übergang zur eigenen Erwachsenenwerdung, in einen von ihnen emotional nicht zu fassenden Umbruch ihrer Welt geworfen sahen. Der vormalige Kadettenschüler Salomon wurde nach seinen Erfahrungen als Freikorpskämpfer zu einem radikalen Gegner der Republik und war 1922 in das tödliche Attentat auf Walther Rathenau verwickelt. Vor dem Hintergrund dieser persönlichen Geschichte und seiner lebenslang kaum revidierten, dezidiert antiliberalen Einstellung bleibt Ernst von Salomon dennoch als einer der nüchternsten und nachdenklichsten Freikorpschronisten anzusehen. Anders dagegen Edgar von Schmidt-Pauli mit seinem 1936 erschienen Werk „Geschichte der Freikorps 1918–1924“. Dieser Autor, ursprünglich überzeugter Monarchist und selbst kein Freikorpskämpfer, war ein zu offensichtlich um das Wohlwollen des nationalsozialistischen Regimes bemühter Schreiber, als daß dieser Titel größeren Erkenntnisgewinn zur Sache selbst liefern könnte. Der Titel könnte auch ignoriert werden, wenn der Verfasser nicht gleichzeitig zu identifizieren wäre als einer der einflußreichsten Vertreter der später von Matthias Sprenger benannten „pronationalsozialistischen Autoren“, die maßgeblich dazu beitrugen, daß in den Jahren nach 1945 oft eine von ihnen „ex post kontinuiertsstiftend implementierte“<sup>5</sup> Vorstellung des Typus „Freikorpskämpfer“ verallgemeinert wurde. Friedrich Wilhelm von Oertzen kann als Historiker, der er ursprünglich nicht war,<sup>6</sup> wohl am ehesten als das Schwergewicht dieser Rezeptionsphase angesehen werden. Für spätere Stichwortgeber der politischen Linken schlicht der „Nazi-Historiker von Oertzen“,<sup>7</sup> verfasste der ehemalige Freikorpskämpfer seine 1938 erschienene

Arbeit „Die deutschen Freikorps 1918–1923“ zweifellos mit großer Nähe zum Regime; vor diesem Hintergrund gelesen, liefert die sehr gründliche Arbeit dennoch durchaus Erkenntnisgewinn.

Nach 1945 erlangte der Kanadier Robert Waite mit seinem Titel „Vanguard of Nazism“ („Vorhut des Nazismus“) erhebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung der Darstellungsgeschichte. Waite baute seine Untersuchung zu den deutschen Freikorps auf um den von ihm als entscheidend angesehenen Punkt der späteren Nähe etlicher ehemaliger Freikorpskämpfer zum Nationalsozialismus, und schrieb den Freikorpsoldaten insgesamt bestimmte negative Charaktermerkmale zu, um diese dann in der späteren SA und SS nachzuweisen. Im Stile einer „reverse investigation“<sup>8</sup> suchte Waite, ausgehend von einer Vorverurteilung, selektiv nach nur denjenigen Fakten und Indizien, die sein bereits feststehendes Urteil stützen konnten, und lieferte dazu sogar eine erstaunlich freimütige Selbstentlarvung bereits im Vorwort.<sup>9</sup> Dessen ungeachtet konnte der Kanadier mit seinem durch und durch tendenziösen und teilweise schon als demagogisch zu bezeichnenden Werk nahezu unhinterfragt zu einem maßgeblichen Wegmarkierer werden. In der Folgezeit stand die Vorsortierung der Freikorps als nazistische Vorhut im Sinne Waites in den unterschiedlichsten Ausprägungen bei etlichen Autoren bereits am Beginn der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand. In seiner 2008 erschienen Arbeit zur Freikorps-thematik wies Matthias Sprenger darauf hin, daß derart verzerrende Darstellungen ihre vermeintliche Berechtigung nicht zuletzt in denjenigen Freikorpsmythen fanden, die insbesondere in den 1930er Jahren von „pronationalsozialistischen Autoren ex post kontinuierlich implementiert“<sup>10</sup> worden waren. Was letztlich nichts anderes bedeutet, als daß die betreffenden Autoren der nationalsozialistischen Propaganda folgten. Hagen Schulze, der 1969 mit „Freikorps und Republik“ eines der unverändert wichtigsten operationsgeschichtlichen Werke zur Geschichte der Freikorps vorlegte, ging auf die Problematik stark wertend orientierter Forschung ein, indem er u. a. anmerkte, daß das „gesinnungsethisch motivierte argumentum ad hominem“ fast durchgehend die nüchterne Frage nach dem „Woher und Warum“ ersetze.<sup>11</sup> Noch sehr viel deutlicher wurde der in York lehrende Hannsjoachim Koch einige Jahre später im Vorwort zu seinem 1978 erschienen Buch „Der deutsche Bürgerkrieg“ mit der Feststellung, eine Gleichsetzung der Freikorps und ihrer Mitglieder mit

dem Nationalsozialismus sei ebenso falsch, wie es ein entsprechendes Verfahren in Bezug auf die Arbeiter- und Soldatenräte und den Bolschewismus wäre. Koch ergänzte mit Blick auf den Forschungsstand: „Nichtsdestoweniger hat die These von der ‚Vorhut des Nazismus‘ Eingang in viele Darstellungen jener Epoche gefunden, während differenziertere Ausführungen zu diesem Thema noch eine Seltenheit sind.“<sup>12</sup> Koch wies auf den von ihm aus der angelsächsischen Perspektive wahrgenommenen Aspekt ideologisch geprägter Voreingenommenheit hin, wonach außerhalb Deutschlands die Klage erhoben worden sei, die zeitgenössische deutsche Historiographie ziehe zuerst ihren theoretischen Rahmen, um in diesen dann die Resultate der ihm entsprechenden Faktensuche hineinzuzwängen.<sup>13</sup> Sowohl Hagen Schulze als auch Hannsjoachim Koch stellten mit ihren jeweiligen Arbeiten wichtige Grundlagenwerke zur Freikorps-thematik vor. Beide Autoren sind von ihrer Positionierung als eher konservativ einzuordnen, bei beiden Autoren ist zudem eine grundsätzliche Empathie mit soldatischer Lebenswirklichkeit spürbar. Bei genauem Hinsehen wird deutlich, daß dabei aber auch diese Autoren in einem grundsätzlichen Punkt von einer allgemeinen Linie, wie sie in der Arbeit von Waite in ihrer extremsten demagogischen Überspitzung aufgezeigt wurde, kaum abweichen, indem auch bei Schulze und Koch unterschwellig eine gewisse Zwangsläufigkeit der Entwicklung suggeriert wird.

Die Aufarbeitung der Niederschlagung des linkssozialistischen Ruhraufstands von 1920 wurde zu einem der wichtigsten Felder des Kampfes um die Deutungsvormacht auch zur Geschichte der Freikorps. Letztmalig kamen in offiziellem Auftrag Freikorps-truppen zum Einsatz, die bis dahin bereits alle weitergehenden Revolutionsbestrebungen in Deutschland zunichte gemacht hatten; mit dem Aufstand der Roten Ruhr-Armee erstickten sie auch die letzte Hoffnung auf einen Umschwung im Sinne der Radikalen. Zu den Vorgängen im Ruhrgebiet erschien bereits 1928 eine profunde Untersuchung mit dem dreibändigen Werk „Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegs-anfang bis zum Franzosenabmarsch 1914–1925“, in dem der Verfasser Hans Spethmann auch die bis heute umfassendste und faktensicherste Darstellung der Ereignisse im Ruhrrevier seit Kriegsende lieferte. Spethmann war von Haus aus Wirtschaftsgeograph, landesweite Bekanntheit hatte er schon 1907 erlangt als einziger Überlebender einer tragisch verlaufenen geologi-

schen Island-Expedition. Später angestellt beim Essener Bergbauverein, einem technisch-wissenschaftlichen Unternehmerverband der Ruhrindustrie, galt er bereits aufgrund dieser beruflichen Vordisponierung als konservativ ausgerichteter Interessenvertreter der Großindustrie. Spethmanns detaillierte Darstellungen der Ereignisse der Jahre 1919 und 1920 wurde bereits unmittelbar nach Erscheinen der Erstauflage von der radikalen Linken äußerst heftig politisch kritisiert, wobei sich die Angriffe nahezu ausschließlich auf eine persönliche Diffamierung des Verfassers konzentrierten, basierend auf der allseits bekannten beruflichen Vordisponierung Spethmanns, die jeweiligen Autoren sich jedoch kaum der Mühe unterzogen, Spethmanns Darlegungen in der Sache zugleich auch tatsächlich nachprüfbar schlüssig zu widerlegen. Zuerst fanden sich die Angriffe in einer Parteipublikation der KPD, „Der Ruhraufstand von 1920“, zu der als Verfasser Erwin Brauer angegeben wurde. Bei der Schrift handelt es sich um eine zu wesentlichen Teilen auf nicht überprüften Zeitungsmeldungen basierende Mischung aus Fakten- und Vermutungsdarlegungen im Stile einer politischen Hetzschrift, das „Verlangen nach Rache“ wird im Vorwort ausgesprochen, im Text wiederholt, und zieht sich als roter Faden durch die gesamte Publikation. Auf dieser Schrift bauten spätere, sehr einflußreiche Autoren ihre Argumentation teilweise erkennbar auf, ohne Titel oder Verfasser zu erwähnen. So wurde die diffamierende Kritik Brauers an Spethmann später u. a. von Otto Henricke und Erhard Lucas mit nahezu gleicher Syntax und nur leicht variiertes Begrifflichkeit übernommen. Lucas bezeichnete Spethmann als den Hauptverantwortlichen dafür, daß seither sogar im Bewußtsein der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets Revolution und roter Terror gleichgesetzt würden.<sup>14</sup>

Die seit etwa den 1960er Jahren veröffentlichten Arbeiten zu den Ereignissen des Ruhrkampfes konnten für Darstellung und Beurteilung der Freikorps eine bestimmende Wirkung entfalten. Diese Arbeiten stammen fast ausschließlich von Autoren, die dem linken bis äußersten linken Rand des politischen Spektrums zuzuordnen sind. In vielen Fällen sind die politischen Grundüberzeugungen der Verfasser im fließenden Übergang zwischen wissenschaftlichem Bemühen und Propaganda in Arbeitsweise und Argumentation deutlich zu erkennen. Als wohl informativste Arbeit der frühen Jahre nach 1945 speziell zu den Ereignissen des Ruhrkampfes von 1920 ist in dem Zu-

sammenhang eine Arbeit aus der DDR anzusehen, Otto Hennickes 1956 veröffentlichtes Werk „Die Rote Ruhrarmee. Gewehre in Arbeiterhand“. Hennicke, später (1978–1990) Chefredakteur der vom Militärgeschichtlichen Institut der Nationalen Volksarmee herausgegebenen „Zeitschrift für Militärgeschichte“, legte zwar eine erwartbar von Klassenkampfrhetorik geprägte, theoretisierende Arbeit vor, die sich an etlichen Stellen ebenfalls eindeutig an die Erwin-Brauer-Schrift von 1930 anlehnte. Hennicke griff aber auch durchaus sachlich Argumentationen der politischen Gegenseite wie von Ernst Jünger auf – eine Mühe, der sich die meisten der späteren Autoren kaum noch aussetzten. 1971 erfolgte, ebenfalls in der DDR, die Veröffentlichung des Titels „Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz“, mit der der renommierte Historiker Erwin Könnemann dann eine sachlich hervorragende, kommentierte Quellensammlung speziell zu den Ereignissen des Frühjahrs 1920 und damit auch zum Ruhraufstand vorlegte.

Einen wesentlichen Bestandteil des für die Thematik relevanten und greifbaren Quellenbestandes stellen biographische Quellen dar. Bei den hinzugezogenen biographischen Quellen handelt es sich um Tagebücher und Briefe sowie Erinnerungs- und Rechenschaftsberichte, worunter auch Memoiren fallen. Diese Quellen erlauben neben einer Skizzierung und Analyse historischer Abläufe auch einen Einblick in die persönliche Erfahrungs- und Vorstellungswelt einzelner Personen. Insbesondere Tagebücher geben dabei die Gedanken des jeweiligen Verfassers zeitnah zum Geschehen wieder. Von besonderem Wert sind Dokumente wie die Tagebuchaufzeichnungen des schlesischen Oberst Albrecht von Thaer und die Dokumente aus dem Nachlaß von General Walther Reinhardt. Die Tagebuchaufzeichnungen und privaten Briefe des hochgebildeten und kultivierten schlesischen Obersten Albrecht von Thaer wurden seit ihrer Veröffentlichung 1958 wenig beachtet, was bedauerlich ist, da es sich dabei um einen außerordentlich wertvollen Quellenfundus handelt. Thaers Aufzeichnungen und Briefe waren vom Verfasser zu keiner Zeit für eine mögliche Veröffentlichung gedacht gewesen, dieser hatte vielmehr in nie erschütterter Loyalität gegenüber seinen vormaligen Vorgesetzten und Kameraden alle entsprechenden Bemühungen zu seinen Lebzeiten abgelehnt. Dem Herausgeber Siegfried Kaehler gelang es nach eigenem Bekunden schließlich nur unter Aufbietung seiner Überredungskunst, Thaer die Zustimmung zu einer

Veröffentlichung der Papiere post mortem abzurufen. Auch die – allerdings weit weniger umfangreichen – amtlichen Verlautbarungen und persönlichen Briefe und Notizen aus dem Nachlaß von General Walther Reinhardt sind als biographisches Quellenmaterial von herausragendem Wert anzusehen. Berichtende Erinnerungen sind besonders bei Politikern zumeist gekennzeichnet von einer rückblickenden Perspektive im Bemühen um eine möglichst positive Vermittlung der eigenen Rolle und Bedeutung an eine größere Leserschaft. Hier seien als Beispiele benannt Carl Severing, aus dessen biographischen Aufzeichnungen deutlich die teilweise sehr bemüht wirkende Selbstrechtfertigung eines mit Zweifeln belasteten, unsicheren Verantwortlichen spricht, sowie Gustav Noske, der als zornig Zurückblickender die Berechtigung des eigenen Tuns und die so gesehene Behinderung dabei durch Uneinsichtige und Unfähige darstellte. Auch etliche Werke der sogenannten Freikorps-Autoren sind hier zu verorten, ging es doch den Autoren in aller Regel um die rechtfertigende Darlegung des eigenen Handelns und der eigenen Motivation. Selbst Manfred Killinger, zweifellos unter diesen der radikalste Vertreter, lieferte dabei jedoch nicht zuletzt durch das freimütige Einräumen des eigenen „Rabaukentums“ noch etliche nützliche Hinweise. Killinger geriet während der NS-Zeit auch aufgrund dieser das amtlich verordnete Bild der von den Machthabern propagandistisch vereinnahmten „Freikorpsbewegung“ erheblich in Frage stellenden Offenheit in Gegensatz zu Staats- und Parteiführung. Ernst von Salomon nimmt unter den Verfassern aus dem Bereich der Freikorps eine Sonderstellung ein. Wertungsfrei ist festzustellen, daß er zeitlebens weitgehend authentisch und kompromisslos blieb und nicht versuchte, sich herauszureden oder zu rechtfertigen. Wiewohl unbezweifelbar parteiisch und mit gelegentlich spürbarer Neigung zum Idealisieren, lassen seine Arbeiten das Bemühen um Sachlichkeit auch in der ungeschminkten Darstellung schwerster Verfehlungen der eigenen Seite erkennen, und erfüllen darüber hinaus auch literarische Ansprüche. Als biographische Quelle von besonderer Bedeutung anzusehen ist auch der 1924 in Magdeburg erschienene Titel des Freikorpschronisten Helmut Franke „Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen“. Die Aufzeichnungen wurden von Franke bezeichnet als „impressionistische Skizzen“, die versuchten, „den Rhythmus der Zeit festzuhalten“. Franke war ein Autor der sogenannten „Frontsoldaten-Generation“, zu der auch Friedrich Wilhelm

Heinz, und, mit Abstrichen, Ernst von Salomon gerechnet werden können. Franke war selbst Freikorpsmann gewesen, er war ein klarsichtiger und sachlicher Analytiker, seine Aufzeichnungen stammen zum größten Teil bereits aus den Jahren 1919–1921. Franke war somit der erste sich wirklich eingehend mit den Vorgängen befassende Chronist und Analytiker der rechten Seite, bei Franke findet sich auch die früheste Aufzeichnung des berüchtigten „Kneipenspruchs“ von Matthias Erzberger aus dem Sommer 1919.<sup>15</sup> Franke gründete später den „Arminius Verlag“ für Völkische Publizistik in München, er gehörte wie auch Arnolt Bronnen zum Freundeskreis Ernst Jüngers, und kann als ein Vertreter des „neuen“ Nationalismus angesehen werden, dessen Protagonisten sich teilweise bewußt provokativ von einer als altertümlich belächelten Deutschtümelei im „Stahlhelm“ abgrenzten, dem Franke 1926 gemeinsam mit Jünger den Rücken kehrte.

Die teilweise analytisch brillanten Tagebuchaufzeichnungen Harry Graf Kesslers stellen für die Erforschung des Geschehens einen Glücksfall dar, sie haben zwischenzeitlich bereits einen gewissen literarischen Rang erreicht. Kessler hatte im Verlaufe seines Lebens eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht. Von Haus aus ein hochkultivierter, polyglotter Feingeist, hatte er in jungen Jahren als häufiger Gast bei Hofe eine fast schwärmerische Begeisterung für Kaiser und Reich entwickelt. Sein ehrlicher Patriotismus ungetrübt, entwickelte er sich später zum Pazifisten und ließ an der vormals verehrten Person Wilhelms II. kaum noch ein gutes Haar.

In Bezug auf die Sichtung früherer kommentierter Quellensammlungen folgt an dieser Stelle noch ein Beispiel anhand eines häufig zitierten und auch hier genutzten Titels. Die von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres (KgFAH) im Auftrag des Oberkommandos des Heeres (OKH) in mehreren Bänden zwischen 1936 und 1943 herausgegebenen „Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps“ haben zweifellos hohen Wert. Winfried Martini erinnerte daran, „daß damals die ‚Forschungsanstalt des Heeres‘ dem Zugriff Goebbels’ entzogen war“.<sup>16</sup> In den „Darstellungen“ wurde nach Angaben von Heinz Oskar Hauenstein auch umfangreiches Material genutzt, das er selber gemeinsam mit Ernst von Salomon gesammelt und 1933 persönlich an Archivrat Rogge vom Reichsarchiv ausgehändigt hatte, um es gegen den Zugriff der Partei zu sichern.<sup>17</sup> Hagen Schulze

pries die umfangreiche Materialsammlung noch als „vorzügliche Grundlage für die Nachprüfung primären Quellenmaterials“ und als „ein Werk von wohlthuender Objektivität“.<sup>18</sup> Aus einem Hinweis Klaus Gietingers lässt sich allerdings ersehen, daß diese Einschätzung wohl doch etwas zu optimistisch war. Gietinger konnte einen Nachweis erbringen, daß der Präsident des KgFAH, Wolfgang Foerster, befreundet war mit Waldemar Pabst, einer äußerst umtriebigen Schlüsselfigur in der Geschichte der Freikorps, ein Briefwechsel findet sich im Nachlass Foerster.<sup>19</sup> Pabst konnte also vermutlich auf die „Darstellungen“ zumindest der ersten Bände Einfluß nehmen.<sup>20</sup> Die in Bezug auf die militärischen Abläufe durchaus sachlichen Darstellungen der Heereshistoriker sind mit entsprechendem Vorbehalt zu behandeln.

Es wird davon ausgegangen, daß sich durch Aufzeigen bisher nicht bekannter oder nicht ausreichend beachteter Tatsachen und, damit einhergehend, einer Neubewertung und -verknüpfung auch bereits hinlänglich bekannter Fakten, bisher übersehene Blickachsen eröffnen lassen auf Geschehen und Akteure. Angestrebt wird eine umfassende Ergänzung eindimensionaler, fragmentarischer oder selektiver Vorgehensweisen und Darstellungen; wo möglich, sollen dabei weiterführende Erkenntnisse, wo erforderlich, Korrekturen formuliert werden. Die Erfassung übergeordneter Zusammenhänge, insbesondere auch der emotional bzw. psychologisch wirkmächtigen Hintergründe und Abläufe, bedarf besonderer Beachtung. Der Verfasser ist sich der Problematik bewußt, daß dabei auch eine Grenze berührt werden kann, an der das Bemühen um Verstehen eine nur selten akzeptierte Einfühlungsbereitschaft bedingt. Wo es daher angezeigt sein sollte, sich in die Protagonisten hineinzusetzen, um aus deren denkbarer Perspektive auf die Geschehnisse zu schauen, geht es nicht um distanzlose Übernahme einer Fremdperspektive, sondern um eine notwendige und sachdienliche Erweiterung des Gesamtbildes – der latenten Gefahr eines unbewußten Einschwenkens zur Apologie ist sich der Verfasser dabei bewußt. Pierre Bourdieus Warnung vor der „biographischen Illusion“,<sup>21</sup> nach der sich ein Leben nicht im Nachhinein als ein in sich geschlossenes darstellen läßt, seinem Hinweis auf die Gefahr, „daß man im Dienst einer allgemeinen Intention gewisse signifikante Ereignisse auswählt und zwischen ihnen eigene Beziehungen stiftet, um ihnen Kohärenz zu geben“,<sup>22</sup> ist auch hier Rechnung zu tragen. Die Gefahr, der Versuchung eines nachträglichen

„In-Ordnung-Bringens“ zu erliegen, besteht nicht nur für Historiker, die durch Verinnerlichung einer geschichtsphilosophischen Theorie vorgeprägt sind, sie ist allgegenwärtig. Es gibt in der historischen Forschung allerdings keinen wirklich neutralen Standpunkt, da kein Historiker für sich eine unbedingte Neutralität beanspruchen, sich selbst als eine wirklich neutrale Instanz verstehen kann. Untersuchungen historischer Fragestellungen können niemals im naturwissenschaftlichen Sinne exakt sein, absolute Neutralität muß ein zwar bei jedem einzelnen Arbeitsschritt anzustrebendes, letztlich aber nicht erreichbares Ideal bleiben. „Aber die Objektivierung darf vor dem Objektivierenden, dem Forscher, nicht halt machen. Er ist selbst Teil des Spiels, und nur, wenn er sich in die Objektivierungsarbeit einbezieht, wird er zu angemessener Erkenntnis kommen können.“<sup>23</sup> Der Verfasser anerkennt in diesem Sinne die eigene Subjektivität, das eigene „Nicht-aus-der-Haut-heraus-Können“. Aus der Erkenntnis der unausweichlichen Vorprägung durch die eigene Sozialisation erwächst die Verpflichtung zu bestmöglichem Bemühen um wissenschaftliche Neutralität. Es wurde nach besten Kräften versucht, die erforderliche Distanz zum Untersuchungsgegenstand zu wahren, und alle Analysen und Folgerungen auch unter dem Aspekt der eigenen Subjektivität zu hinterfragen und abzusichern.

Wer sich als Historiker über längere Zeit einem Thema widmet, begibt sich auf eine immer wieder faszinierende innere Zeitreise. Ich danke allen, die mir auf dieser Reise hilfreich zur Seite standen, die den Weg an den verschiedensten Stellen mitgingen – ohne diese Unterstützung wäre das Abschreiten des Weges gar nicht möglich gewesen. Freundliches Interesse von den unterschiedlichsten Seiten war immer wieder Ansporn zu kritischer Überprüfung und weitergehender Nachforschung. Der Verfasser wendet sich daher auch bewußt an einen größeren Leserkreis mit geschichtlichem Interesse, denn, wie Hannsjoachim Koch es einmal ausdrückte, „Geschichte nur für den Spezialisten vom Fach zu schreiben führt zur geistigen Inzucht.“ Von Mitarbeitern der unterschiedlichsten Archive durfte ich Hilfsbereitschaft und Interesse erfahren, die über ein normalerweise zu erwartendes Maß deutlich hinaus gingen. Liebenswürdig freundliche Mitarbeiter reichten dem Besucher wie dem vollkommen unbekanntem Anrufer bereitwillig die hilfreiche Hand, von großen Archiven wie

in Berlin, Freiburg oder München über Mürwik, Bückeberg und Bottrop bis zum Gemeindearchiv von Oberstdorf, um nur einige zu benennen. Mehr als einmal teilten Archivmitarbeiter die Begeisterung des Verfassers über Funde wichtiger, lange vergessener Dokumente und suchten in eigener Initiative nach möglicherweise noch übersehenen Materialien.

Die wichtigsten Begleiter über die gesamte Dauer dieser langen Reise waren wie immer meine Frau und die Familie. Allen Genannten wie Ungenannten gilt an dieser Stelle mein herzlichster Dank.



# 1 Zusammenbruch

„Zu einer äußersten Probe, übermütig und gedankenlos, hatte sich das Deutsche Reich gestellt. [...] Es war besiegt worden. Nun war das Land nicht gestorben, seine Mittel nicht erschöpft. Aber seine Seele hatte es, ohne es zu merken, in den Entscheidungskampf geworfen.“<sup>1</sup> Schmerz und Trauer in den Worten von Alfred Döblin angesichts des für viele Zeitgenossen kaum fassbaren Absturzes eines der dynamischsten und erfolgreichsten Staatswesen seiner Zeit in einen Zustand von Chaos und Orientierungslosigkeit im Gefolge des bis zu diesem Zeitpunkt furchtbarsten real erinnerlichen Krieges, sind auch aus der Distanz eines Jahrhunderts noch deutlich zu spüren. Im Sommer 1914 waren die Deutschen mehrheitlich, wie die aus England stammende Evelyn Fürstin Blücher bei Kriegsausbruch verwundert in Berlin notiert hatte, in den Krieg gegangen „wie die Ente ins Wasser“;<sup>2</sup> in dem naiven Optimismus, nach einem kurzen und gerechten Kampf schon bald wieder der friedlichen Alltagsarbeit nachgehen zu können. Alle unbedarfte Zuversichtlichkeit war angesichts der Grauen des Krieges bereits im ersten Kriegswinter restlos verflogen gewesen. Ernüchterung, Verzeiflung, Not und Schmerz nahmen an und hinter den Fronten mit jedem Tag, der noch immer kein Ende des Mordens und der Zerstörung brachte, zu. „Feinde, Menschen, Brüder höret! Es ist genug. Ihr und wir, wir alle sind mit Blindheit und Wahnsinn geschlagen. Im blinden Wahnsinn haben wir eine Welt zertrümmert“;<sup>3</sup> klagte Walther Rathenau im letzten Kriegssommer 1918 verzweifelt. Als im November desselben Jahres nach mehr als vier Jahren schließlich die Waffen an den meisten Fronten schwiegen, kehrte in dieser unwiederbringlich zertrümmerten Welt jedoch noch längst kein Friede ein. In den im Kriege unterlegenen Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn zerbrach zugleich mit der Kraft der Armeen auch die staatliche Ordnung. In der Halt- und Orientierungslosigkeit dieses machtpolitischen Vakuums entwickelten sich in kürzester Zeit die schlimmsten inneren Gewaltexzesse seit fast dreihundert Jahren. Der auf die äußere Niederlage folgende, selbstmörderische innenpolitische Veitstanz war in ersten Andeutungen bereits während des Krieges zu erahnen.

Der Spartakist Ernst Meyer hatte bereits am 5. September 1918 als Erfolgsmeldung an Lenin geschrieben: „Im Heer mehren sich die Widerstände, und in der Arbeiterschaft wächst, wenn auch langsam genug, die Einsicht, daß die alten Methoden des parlamentarischen und rein demonstrativen Widerstandes nicht ausreichen. Die Vorgänge in Rußland haben ein lehrreiches, für niemanden übersehbares Beispiel aufgerichtet.“<sup>44</sup> Die zweifelhaften Rollen, die manche Politiker in ihrem Bemühen um Änderung der Machtverhältnisse im Lande spielten, waren an der Front nicht unbemerkt geblieben. Der schlesische Generalstabsoffizier Albrecht von Thaer schrieb am 23. September an seine Frau: „Erzberger und Scheidemann haben ein Interesse daran, das Volk einzuzüngeln, um dann ihre demokratischen Ziele durchzubringen. Sie sind ohne Schamgefühl, man könnte sie für vom Feinde geschmiert halten.“<sup>45</sup> Am 4. November telegraphierte Karl Liebknecht als erste Erfolgsmeldung an den VI. Allrussischen Außerordentlichen Kongreß der Räte: „In Deutschland schießen gleichzeitig an hunderten Stellen Flammen des heiligen Feuers empor. Die Revolution des deutschen Proletariats hat begonnen. Diese Revolution wird die russische Revolution von allen Schlägen retten und die Grundfesten der kapitalistischen Welt stürzen.“<sup>46</sup> Ein Hang Liebknechts zu dramatischen Übertreibungen bereits in Rechnung gestellt, ist hier doch die Zielsetzung zweifelsfrei formuliert. Angesichts der sich für die Zeitgenossen bereits erkennbar abzeichnenden Konsequenzen in Russland blieb neben den Hoffnungen der beiden Spartakistenführer wenig Raum für Illusionen, dafür umso mehr für sehr reale Befürchtungen. Der Pazifist Emil Julius Gumbel konstatierte zu den revolutionären Ereignissen: „Bis 1914 herrschte im allgemeinen Zufriedenheit. Der Standard of Life war gestiegen, das Land befand sich auf einer aufsteigenden Linie. Als die deutsche Politik Schiffbruch erlitt, folgte nicht ein Umsturz, sondern nur ein Einsturz, und da die Dynastien sich mit dem Militarismus identifiziert hatten, so schickte man sie zum Teufel.“<sup>47</sup> Mit seiner gänzlich unpathetischen Einschätzung blieb Gumbel allerdings zunächst weitgehend allein. Ernst-Heinrich Schmidt meinte, der wahre Zustand Deutschlands habe sich im Spätherbst 1918 nicht im Ausbruch einer „sogenannten“ Revolution gezeigt, sondern vielmehr daran, daß ihr so gut wie kein Widerstand entgegengesetzt wurde – tatsächlich hatten nämlich nur zwei Generale für die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin zur Waffe

gegriffen, nur drei Marineoffiziere gaben ihr Leben in Abwehr der roten für die schwarz-weiß-rote Fahne.<sup>8</sup> Kein einziger Gardeoffizier schlug sich zum Schutz der Dynastie, für den König von Preußen in die Bresche. Faktisch war dem schweren Entschluß Wilhelms II., die Armee zu verlassen, also von sich aus das gegenseitige Treueverhältnis aufzukündigen, wie Schmidt schrieb, bereits ein „millionenfacher Eidbruch“ vorangegangen.<sup>9</sup> „Nicht die Macht der Meuterer und Aufständischen oder die Gewalt der Friedensbewegung“, waren, so Schmidt, die entscheidenden Faktoren für den Erfolg der Umsturzbewegung, „sondern die Entscheidungsschwäche, Plan- und Tatenlosigkeit der örtlichen Befehlshaber und die Ohnmacht des durch eine dysfunktionale Kommandostruktur gelähmten Obermilitärbefehlshabers im Heimatgebiet.“<sup>10</sup> Einer der klarsichtigsten Chronisten auf der politischen Rechten, der Frontoffizier und spätere Freikorpskämpfer Helmut Franke, fasste die diesbezügliche, verbreitete Fassungslosigkeit in der Truppe angesichts des sich so kläglich darbietenden Zusammenbruchs übergeordneter militärischer Autoritäten in die simple Feststellung: „Ach, die Erstarrung ist so riesengroß, nicht das Ereignis!“<sup>11</sup> Hannah Arendt bezeichnete in ihren allgemeinen Überlegungen zu Macht und Gewalt die Vorstellung von der Revolution als Folge eines bewaffneten Aufstands als „Märchen“, da man überhaupt erst von einem bewaffneten Aufstand sprechen könne, wenn der Zusammenbruch der Staatsmacht zuvor offenkundig geworden sei und Rebellen die Bewaffnung ermöglicht habe; erst die innere Zersetzung der Staatsmacht mache Revolutionen möglich, die keineswegs eine notwendige und errechenbare Folge seien.<sup>12</sup>

Im Herbst 1918 waren die Frontsoldaten der deutschen Westfront körperlich und geistig vollständig ausgelaugt und längst an der äußersten Grenze jeder physischen und psychischen Leistungskraft angelangt. Von revolutionären Bestrebungen waren die meisten weit entfernt. In dieser Situation stand vor der Obersten Heeresleitung nach dem Zustrom der enormen amerikanischen Verstärkungen auf Seiten der Entente und dem bereits erkennbaren Zusammenbruch Österreich-Ungarns das Schreckensszenario einer nun wirklich vernichtenden militärischen Niederlage, in deren Folge sich in einem dann unkontrolliert auflösenden Heer revolutionäres Gedankengut rasant ausbreiten und auf das Reichsgebiet übergreifen könnte, wodurch in wenigen Wochen das gesamte Reich in Chaos und Anarchie nach russischem Muster gestürzt

würde. Das Bemühen, die Kontrolle über das Heer zu bewahren, kann daher auch als eine der wesentlichen Motivationen für den unvorbereiteten Vorstoß zur Einleitung von Waffenstillstandsgesprächen angesehen werden. Zunächst ging man dabei davon aus, durchaus noch über Verhandlungsspielraum zu verfügen, worauf David Stevenson anspielte, wenn er meinte, Deutschlands Entschluß, um Waffenstillstand nachzusuchen, sei keineswegs gleichbedeutend gewesen mit einer von vornherein gegebenen Bereitschaft, einen solchen auch zu akzeptieren.<sup>13</sup> Dennoch sei dadurch eine Lawine ausgelöst worden, durch die die militärische und zivile Moral und der Zusammenhalt der Mittelmächte derart gebrochen wurden, daß binnen Wochen jegliche Bedingungen, die diktiert wurden, hingenommen werden mußten.<sup>14</sup>

Das Bekanntwerden dieser Bemühungen traf Volk und Politik völlig unvorbereitet. Nach dem durch Erich Ludendorff ausgelösten Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Wilson vom 3. Oktober und dem nachfolgenden, unvorbereiteten Bekanntwerden, wurden die Politiker des Kaiserreichs innerhalb kürzester Zeit zu Getriebenen. Wenige Wochen vor dem schließlichen Ende der militärischen Kriegshandlungen und knapp drei Wochen nach dem allgemeinen Bekanntwerden des deutschen Waffenstillstandesgesuches wurden Pläne der Marineführung bekannt, für einen strategischen Angriff auf englische Flotteneinheiten vor der Themsemündung und der flandrischen Küste die in den Häfen liegende Hochseeflotte als Unterstützung auslaufen zu lassen, wofür neben anderem eine meist unerwähnt bleibende Motivation auch das Bestreben der Admiralität war, die britische Seeblockade zu brechen, um die fortschreitende Aushungerung des eigenen Volkes vor Beginn des Winters zumindest mildern zu können.<sup>15</sup> Das geplante Unterfangen war keineswegs, wie der französische Marinehistoriker Jacques Mordal hervorhob, eine, wie behauptet wurde, sinnlose Verzweiflungstat gewesen, da die leichten Kreuzer und Torpedoboote mit Distanzunterstützung durch die Großschiffe gute Chancen gehabt hätten, dem Gegner schwerwiegende Schäden zuzufügen, ehe die in Scapa Flow liegende Grand Fleet hätte eingreifen können; aber, „aufgehetzt durch von der Propaganda der USPD beeinflussten Rädelsführern, verbreitete sich auf der Flotte das Gerücht, daß man die Besatzungen in den Tod schicke für eine Opferungsmission“.<sup>16</sup> Abgestimmte Informationspolitik wurde unter den Zeitumständen nicht mehr betrieben, es

kam unmittelbar nach dem ersten Durchsickern entsprechender Absichten, massiv bestärkt durch das gezielte Ausstreuen von Gerüchten durch politische Agitatoren, unter den Besatzungen der Hochseeflotte zur offenen Revolte, als Matrosen sich am 29. Oktober weigerten, klarzumachen für die von Admiral Hipper geplante Operation. Die weiter um sich greifende Rebellion der Matrosen löste schließlich die Revolutionsereignisse an mehreren Orten im Reichsgebiet aus. Die Bedeutung der Propaganda in diesem Zusammenhang relativierte Winfried Martini mit dem Hinweis, daß zum einen die Hungersnot der zweiten Kriegshälfte der linksextremen Propaganda bereits einen guten Nährboden geboten habe, zum anderen die Disziplin der Matrosen an Bord der Großschiffe allein durch die seit der Skagerrakschlacht 1916 anhaltende, stumpfsinnige Untätigkeit an Bord auf das Schwerste belastet war, den Matrosen die Kriegsniederlage vor Augen stand, die Nachrichten von der Front schlecht waren, und der Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson irrealer Hoffnungen ausgelöst hatte.<sup>17</sup> Alle Propaganda hätte nicht ausgereicht, wäre nicht „die Erschöpfung durch Hunger, durch Kriegsseuchen (schwere Formen der Grippe) und Mangel an allem Lebensnotwendigen so grenzenlos gewesen“.<sup>18</sup> Unter allerdings völlig anderer Schwerpunktsetzung fasste der Marineoffizier Wilfried von Loewenfeld das Geschehen simplifizierend zusammen: „Die Marine war Keimzelle der Meuterei im Sommer 1918 und wurde, weil der damalige Reichstag die Urheber der Meuterei, die Abgeordneten Haase, Barth und Dittmann, für immun erklärte, anstatt sie nach Clemenceau'scher Art sofort aufzuhängen, wieder Keimzelle der November-Revolution.“<sup>19</sup> Auch diese harschen Worte waren aus damaliger Sicht nicht völlig unberechtigt. Tatsächlich hatte das Hohenzollernreich unter den Bedingungen des Kriegszustandes ein durchaus als maßvoll zu bezeichnendes Verhalten gegenüber den aktiven Kriegsgegnern im eigenen Land geübt. Bei den Ententemächte hatten diesseits und jenseits des Atlantiks im Umgang mit den jeweiligen Oppositionellen deutlich geringere Skrupel geherrscht; das dortige Geschehen läßt die in Loewenfelds harscher Aussage enthaltene Mutmaßung zu, daß einige der aktivsten Oppositionellen des Kaiserreichs auf der Seite der Kriegsgegner das Ende des Krieges nicht erlebt hätten.

Der schwelende Gegensatz zwischen kriegsmüdem Volk und militärischer Führung erhielt zusätzliche Nahrung durch Überlegungen der Obersten Hee-

resleitung (OHL) nach der Verkündung des Waffenstillstands, den Kampf im äußersten Notfall doch noch einmal aufnehmen zu wollen. „Der Wunsch, in Ehren unterzugehen,[...] liegt sicher für den Einzelnen nahe, der verantwortliche Staatsmann muß aber damit rechnen, daß das Volk in seiner breiten Masse ein Recht hat, nüchtern zu verlangen, zu leben, statt in Schönheit zu sterben“<sup>20</sup> hatte der letzte Reichskanzler der kaiserlichen Regierung, Prinz Max von Baden, erwidert auf die offenen Überlegungen innerhalb der OHL, angesichts der von den Ententemächten nach dem deutschen Waffenstillstandsgesuch vom Herbst 1918 ständig höher geschraubten Forderungen das Volk notfalls auf eine Weiterführung des Kampfes einzustimmen. Zu diesen Forderungen stellte David Stevenson fest: „[...] sowohl der Präsident als auch die europäischen Führer der Alliierten sahen die schließlichen Bedingungen als derart hart an, daß eine Zurückweisung wahrscheinlich war.“<sup>21</sup> Allerdings waren, wie Otto-Ernst Schüddekopf mit einem Anflug von Sarkasmus feststellte, „die aufs äußerste erschöpften Massen [...] für keinen neuen Einsatz mehr zu gewinnen: weder für die Aufnahme des Widerstandes am Rhein mit der levée en masse; noch für die Verteidigung der Grenzen im Osten; sie waren letztlich nicht einmal bereit, ihre ihnen gleichsam in den Schoß gefallene Republik zu verteidigen“<sup>22</sup> Nachdem der Zusammenbruch des Kaiserreichs offenkundig geworden war, waren zunächst auf beiden Seiten der Front nur wenige in der Lage, das Geschehene überhaupt zu begreifen: „Der Zusammenbruch der Mittelmächte, lange angekündigt durch eine Anzahl bedrohlicher Vorzeichen, kam dennoch überraschend in seiner Plötzlichkeit und seinem desaströsen Ausmaß. Sieger und Besiegte waren gleichermaßen überwältigt, nicht allein durch seine eigentlichen Auswirkungen als vielmehr durch die gigantischen Ausmaße des Geschehens.“<sup>23</sup>

In Deutschland spalteten die immer offenkundiger werdenden Umstände des Kriegsendes 1918 das Land binnen Wochen in zwei nahezu unversöhnliche Lager: „Die einen vernahmen es mit Verzweiflung, die anderen mit Erleichterung. [...] Die einen stöhnten: ‚Endlich!‘ Die anderen stöhnten: ‚Verrat!‘ Und schon begannen die beiden Lager mit Haß aufeinander zu blicken“,<sup>24</sup> konstatierte Sebastian Haffner. Es kann allerdings bezweifelt werden, ob von einer numerischen Gleichwertigkeit der beiden Lager ausgegangen werden kann. Oberst Walther Reinhardt zumindest notierte am 14. November 1918 in Berlin:

„Man sieht auch hier bis hinab in die tiefsten Volksschichten keinerlei Freude über den Frieden. [...] Ekelhaft ist die Scheinheiligkeit und das Pharisäertum, mit dem jetzt viele ihren Teil der Schuld vollkommen verkennen, so alle linksstehenden Zeitungen.“<sup>25</sup> Ein Feingeist wie Harry Graf Kessler glaubte in einer momentanen, romantisierenden Fehleinschätzung gar, der dramatischen Lage einen höheren Sinn geben zu können, als er notierte: „Vielleicht kommen wir so gegen unseren Willen an die Spitze des Sklavenaufstandes gegen England und das amerikanische Kapital. Liebknecht als Kriegsherr in diesem Endkampf; die Flotte hat die Führung.“<sup>26</sup> Derweil war man an der Front illusionslos: „Das Volk will aus diesem Elend, was kommt ist alles egal, nur Friede. Ich weiß nichts weiter als die Flinte ins Korn zu werfen, ich kann einfach nicht mehr.“<sup>27</sup> Währenddessen schrieb Evelyn Fürstin Blücher in Berlin in ihr Tagebuch: „Es ist trostlos, den Todeskampf einer großen Nation zu beobachten. Es erinnert mich an ein großes Schiff, das langsam vor unseren Augen untergeht, von den sturmgepeitschten Wogen verschlungen wird.“<sup>28</sup> Wenige Tage später folgte die Ergänzung um ein oft übersehenes Detail:

„Beschreibt man den Todeskampf des Landes im großen, so vergißt man leicht die Leiden des einzelnen. Was der Krieg an Menschenleben nicht zerstört hat, das vernichtet jetzt die Grippe. Ganze Familien sollen in wenigen Stunden sterben, aber merkwürdigerweise sucht diese schreckliche Epidemie ihre meisten Opfer unter den jungen Mädchen und Frauen. Ein unheimlicher Gedanke – der Tod stellt auf diese Art das Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen im Leben wieder her.“<sup>29</sup>

Entsprechend war auch die Einschätzung Walther Rathenaus: „Bis in die Novembertage von 1918 gab es keine Revolutionsstimmung, nur Müdigkeit im Lande und Verdrossenheit an der Front.“<sup>30</sup> Harry Graf Kessler sah die Dinge dann ebenfalls schon sehr bald ohne jede Beschönigung: „Unsere Umwälzung ist leider nicht von einer bis zur Übermacht gewachsenen Gesinnung hervorgerufen, sondern der alte Staat ist zusammengebröckelt, weil er etwas zu verlogen und ausgehöhlt war.“<sup>31</sup> Winfried Martini kommentierte später lapidar: „In Wirklichkeit handelte es sich um eine nationale und militärische Erschöpfung, so daß der keineswegs geplante Kieler Matrosenaufstand vom

4. November 1918 auf das ganze Reich übergriff, das wie Zunder in Flammen aufging.“<sup>32</sup>

Einmal in Gang gekommen, griff der Zerfall nun jedoch unaufhaltsam um sich, die letzte kaiserliche Regierung konnte kaum noch etwas anderes tun als zu versuchen, jedes weitere Blutvergießen nach Kräften zu vermeiden. Nach dem Ausbrechen der offenen Meutereien und Revolten auf den Großschiffen der Kaiserlichen Marine und in den Häfen der Kriegsflotte war die innere Lage des Landes binnen weniger Tage unkontrollierbar geworden, und die „Revolution aus Versehen“ (Rathenau) nahm ihren Lauf: „Nicht wurde eine Kette gesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloß ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen, und mußten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.“<sup>33</sup>

Die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Frontsoldaten wollte vor allem ein Ende der täglichen Todesgefahr und Entbehrungen, eine zügige Beendigung des Krieges und möglichst schnell in die Heimat zurück. Revolutionäre Bestrebungen waren den allermeisten völlig fremd. Die revolutionären Aktivitäten waren zudem von vornherein eingeschränkt durch das Fehlen wirklich entschlossener und durchsetzungsfähiger Führer, durch das Fehlen von persönlichem Mut bei zu vielen der Revolutionäre, von denen etliche, lediglich die Gunst der Stunde nutzend, aus Etappe und Hinterzimmern an das plötzliche Licht gekommen waren, und über die Oswald Spengler unter Verweis auf das historische Vorbild der französischen Jakobiner des ausgehenden 18. Jahrhunderts wenig später ätzte:

„Hätten ihre Nachäffer von 1918 die rote Fahne an der Front entfaltet, den Kampf auf Leben und Tod gegen das Kapital erklärt; wären sie vorangegangen, um als erste zu fallen, sie hätten nicht nur das bis zum Tode erschöpfte Heer, die Offiziere vom ersten bis zum letzten, sie hätten auch den Westen mitgerissen. In solchen Augenblicken siegt man durch den eigenen Tod. Aber sie verkrochen sich;[...] Statt der Schlachten gegen den Kapitalismus gewannen sie die gegen Proviantlager, Fensterscheiben und Staatskassen. Statt ihr Leben verkauften sie ihre Uniformen.“<sup>34</sup>

In ähnlichem Sinne hatte Walther Reinhardt am 20. November 1918 in Berlin angewidert notiert:

„Heute am Bußtag [...] wurden die gefallenen ‚Helden‘ des Umsturzes mit einer Riesenbegleitung zum letzten Gang geführt. Es waren 15. Vielleicht sind davon tatsächlich einige in einem Kampf gefallen, obwohl es unsicher und unwahrscheinlich ist, denn ganz bestimmt ist die Mehrheit lediglich ein Opfer kindischen Umgangs mit Schießwaffen geworden. [...] Gestern brüstete sich auch ein Volksredner damit, daß er bei diesem ‚Kampfe‘ sein Leben riskiert hätte usw. – das nach dem Einsatz, nach dem stillschweigenden und selbstverständlichen Einsatz von Millionen von Leben fürs Vaterland. Es hat mich abgestoßen, es ist überhaupt nicht sehr erquicklich, hier oben unter Schwätzern und Feiglingen herumzuspazieren, während die Helden zu  $\frac{9}{10}$  still drunten schlummern.“<sup>35</sup>

Die Situation nach Ausbruch der offenen Meutereien und Aufruhrbewegungen, das quasi über Nacht ausgebrochene Chaos und den rasanten Zerfall staatlicher Ordnung im Spätherbst 1918 skizzierte Heinz Höhne an der zunächst entscheidenden Auswirkung, daß eine echte staatliche Autorität nirgends mehr erkennbar war, da den Revolutionären eine einheitliche Führung fehlte, man zwar eine jahrhundertealte Ordnung zerstört hatte, aber keinen tragfähigen Ersatz schaffen konnte.<sup>36</sup> Der November-Umsturz sei denn auch keine Revolution, sondern lediglich eine Kettenreaktion ungezügelter Revolten gewesen, „inszeniert von führungs- und richtungslos gewordenen Ex-Soldaten, die nichts anderes zusammenband als der Zorn und die Enttäuschung über nutzlos vergeudete Lebensjahre in Schützengräben und Schiffsbunkern“, und deren Emotionen sich in wilden Exzessen gegen Offiziere und Bürger entladen und heimkehrende Soldaten zu immer weiterem Ungehorsam aufgeputscht habe.<sup>37</sup> „Von Woche zu Woche wuchs die Gefolgschaft der Chaoten: Rowdies und Schlägertypen aus den Vorstädten, Drückeberger aus der militärischen Etappe, dazwischen Haufen zerlumpter Frontsoldaten“, schrieb Höhne, „die – von Hunger und Kälte gepeinigt – ohne Unterkunft und Nahrung herumirrten, bereit, sich jedem anzuschließen, der eine bessere Zukunft versprach.“<sup>38</sup> Die militärische Ordnung

und der Zusammenhalt zerstört, waren „Kasernen zu Bordellen und Warenhäusern herabgesunken, die Waffendepots eine Domäne der Revoluzzer, das alte Militärestablishment weitgehend ein Gefangener der neuen Herren“.<sup>39</sup>

Entsprechend war die Wahrnehmung des Geschehens insbesondere bei allen vorrangig um Bewahrung des Bestandes besorgten Kräften von tiefer Sorge, Erschütterung, ohnmächtigem Zorn und Bitterkeit geprägt. „Das macht diese Revolution so verzweifelt lächerlich: sie brach auf, um ihr eigenes Haus anzuzünden“,<sup>40</sup> merkte der letzte Flügeladjutant Wilhelms II., Oberstleutnant Alfred Niemann, verbittert an. Der Erzbischof von München und Freising, Michael Kardinal von Faulhaber, urteilte: „Diese Revolution war Meineid und Hochverrat. Sie bleibt in der Geschichte erblich belastet und gekennzeichnet mit dem Kainsmal.“<sup>41</sup>

Tatsächlich hatte der Machtwechsel bei Kriegsende in einer rechtlichen Grauzone stattgefunden. Zu den nie abschließend geklärten Fragen möge hier der Hinweis auf die Umstände der Abdankung Wilhelms II. genügen. Eine Abdankung des Kaisers konnte verfassungsrechtlich nur erfolgen durch Tod oder persönliche Amtsübergabe an einen Nachfolger, nichts von beidem war geschehen. Die Abdankung wurde vielmehr durch kaum verhüllte Gewaltandrohung auf Betreiben einer fremden Macht erzwungen. Sie wurde durch Reichskanzler Max von Baden mit Fakten schaffender Wirkung unauthorisiert vorab verkündet. Die anschließende Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann war die agitatorische Aktion eines Einzelnen, die ebenfalls jeder Rechtsgrundlage entbehrte. Am 9. November 1918 hatte Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, die Wahrnehmung der Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert übertragen. Die zu diesem Zeitpunkt unverändert gültige Reichsverfassung sah jedoch eine Übertragung der Amtsgeschäfte durch den Amtsinhaber auf einen Nachfolger nicht vor, sondern lediglich Entlassung und Neuberufung durch den Kaiser. Da Wilhelm II. jedoch erst am 28. November 1918 rechtsverbindlich auf seine verfassungsmäßigen Rechte verzichtete, befand sich der neue geschäftsführende Kanzler demnach zumindest formaljuristisch in der Rolle eines Usurpators. Der Vorwurf, beim dann amtierenden Rat der Volksbeauftragten habe es sich um Usurpatoren gehandelt, läßt sich zumindest verfassungsrechtlich nicht sicher widerlegen, ein Verweis auf Sachzwänge wäre in diesem Zusammenhang irrelevant.<sup>42</sup>

Die Offiziere wurden nach ihrer persönlichen Lebenseinstellung durch den Zusammenbruch der Monarchie in unterschiedlich starke, teilweise in schwerste Gewissenskonflikte gestürzt. Die Eidesentbindung durch Wilhelm II. erfolgte erst am 28.11. und wurde dann von vielen Offizieren nicht als lösend betrachtet, da sie den Eid in der Person der Monarchie an Gott gerichtet hatten, nicht an die individuelle Person: „Von großem Einfluß war die Entbindung vom Treueid durch den Kaiser. Vielen Offizieren blieb der Gewissenszweifel, der Kaiser könne sie nicht entbinden, da sie den Eid zu Gott geschworen hätten.“<sup>43</sup> In seinen Überlegungen zur französischen Revolution hatte der Geschichtsphilosoph Hippolyte Taine fünfzig Jahre zuvor die tatsächlichen Verhältnisse in den Frühphasen politischer Umstürze so skizziert: „In Wirklichkeit gab es keine Regierung mehr, das künstliche Gebäude der menschlichen Gesellschaft stürzte gänzlich ein, man kehrte zum Naturzustand zurück – mit einem Worte: nicht eine Revolution, sondern eine Auflösung fand statt.“<sup>44</sup> Die Politiker, die nach ihrer „Ohnmachtsergreifung“ (Martini)<sup>45</sup> im November 1918 das Staatswesen zu übernehmen suchten, fanden an ihrer neuen Verantwortung wenig Freude und waren hoffnungslos überfordert von den anstehenden Problemen. „Auf die Verwirklichung unserer staatspolitischen Ziele mit verwilderten Volksmassen am Ende eines vierjährigen Krieges, der mit dem Zusammenbruch abschloss, hatte ich nie gehofft“,<sup>46</sup> schrieb der Sozialdemokrat Wilhelm Keil ernüchtert. Noch am 24. Oktober 1918 hatte Gustav Noske im Reichstag in aller Deutlichkeit festgestellt: „Volk und Reich sind in höchster Gefahr. Wir wollen mit dem Aufgebot aller Kraft dem völligen Zusammenbruch vorbeugen. Es ist uns daran gelegen, zu verhüten, daß ein Kampf aller gegen alle in Deutschland entbrennt, während draußen ebenfalls das Haus von allen Seiten bestürmt wird.“<sup>47</sup> Letztlich hatten die meisten der führenden Sozialdemokraten bis zum Sturz des Kaisers mit der Rolle des *Primus inter pares* in einer Regierung auf breiter parlamentarischer Mehrheit in einem grundsätzlich noch weitgehend intakten Staatswesen gerechnet. Nun jedoch sah man sich mehr oder minder über Nacht mit den immensen Problemen eines von außen besiegt und dabei unverändert schwer bedrängten, von innen in seinen Grundfesten erschütterten und desintegrierenden Landes konfrontiert. Von den Bestrebungen der Radikalen, eine sozialistische Republik nach russischem Vorbild zu errichten, wurde die Parteiführung der Mehrheitssozialisten überfahren.

Noch im Januar des Jahres hatte sich die Partei zwar an dem großen Streik der Arbeiter in der Munitionsproduktion beteiligt, seit September aber war man an der Regierungsverantwortung beteiligt, wichtige innenpolitische Forderungen waren bereits realisiert oder standen kurz davor. Durch eine fortgeführte Revolution konnte die Partei nichts mehr gewinnen, sah sich aber, um die eigenen Anhänger nicht zu enttäuschen und in der Folge, wie Hagen Schulze schrieb, nicht „mit den Überresten der kaiserlichen Herrschaft hinweggefegt“ zu werden, dennoch gezwungen, sich daran zu beteiligen: „Die Sozialdemokraten waren gezwungen, eine Revolution gegen sich selbst durchzuführen, ein Dilemma, dessen Folgen [...] nicht zuletzt die sozialdemokratische Wehrpolitik in entscheidendem Maße beeinflusste.“<sup>48</sup>

Die nun überall in Erscheinung tretenden Arbeiter- und Soldatenräte verhinderten zunächst ein Abgleiten in die völlige Anarchie, verheerenden Einfluß übten allerdings schwärmerische Theoretiker und Mächtegern-Politiker der zweiten und dritten Reihe aus, die nun ihre Stunde gekommen sahen, und die im allgemeinen Durcheinander so manchen guten Ansatz mit weltfremden Vorstellungen von vornherein diskreditierten, so daß Alfred Döblin in hohnvoller Verbitterung schrieb:

„Sie traten aus ihren Winkeln hervor, ja mit einem Kopfsprung wagten sie sich an das öffentliche Leben. Es gab klare geschulte Männer unter ihnen, tapfere und disziplinierte, die wußten, was sie wollten und die bremsten. Aber es ging unaufhaltsam auf das alte offene Meer der Weltverbesserung hinaus, wohin die Sirenenrufe lockten, wo Scylla und Charybdis warteten, um sie zu zerschmettern, und wo eine Göttin lauerte, eine Dämonin, um sie aus klugen Menschen in Narren zu verwandeln.“<sup>49</sup>

Die bitter-verächtliche Einschätzung des verhängnisvollen Einflusses weltfremder Theoretiker überspannte das politische Spektrum auf beide Seiten. „Dem von den Offizieren verkörperten Dogma von der Allmacht des Staates stellten die Spartakisten den Traum von der proletarischen Verbrüderung entgegen. An jenem Novembertag [...] erwarteten sie, die Grenzschränken würden niederbrechen und die Völker Europas sich versöhnt in die Arme fallen“, schrieb der französische Militärgeschichtler Jacques Benoist-Méchin in

ähnlichem Sinne wie Döblin, „[...] Ihre Lehrsätze waren ein wirres Durcheinander von romantischem Idealismus und marxistischem Materialismus, in dem die ‚Hymne an die Freude‘ mit kommunistischen Theorien vermenget wurde.“<sup>50</sup> Gustav Noske erinnerte sich: „Von der kommenden Weltrevolution und der Sympathie der Proletarier der feindlichen Länder hatten die deutschen Unabhängigen so viel geschwätzt, daß von Leichtgläubigen nun jeden Tag die revolutionäre Erhebung der französischen und englischen Soldaten erwartet wurde.“<sup>51</sup> Walther Rathenau ätzte derweil gegen die in dem vermeintlichen Zeitgeist mitschwimmenden zahlreichen opportunistischen Wendehälse: „Die verbürgte Gefahrlosigkeit radikaler Tiraden ermutigt umgelernte Tribunen, das Pathos ihrer früheren Kriegsberichte auf die Schlagworte Sozialismus und Rätesystem abzustellen.“<sup>52</sup> Währenddessen fasste Thomas Mann seine Verachtung der „Zivilisationsliteraten“ in einer Philippika zusammen, in der er meinte, es gelte, um den „Kriegs- und Jubelruf des Zivilisationsliteraten zu brauchen, die Demokratisierung Deutschlands“, oder vielmehr, auf einen Generalnenner gebracht, „seine Entdeutschung“, und schloß mit den Worten: „Und an all diesem Unfug sollte ich teilhaben?“<sup>53</sup> Fünfzig Jahre zuvor hatte Hippolyte Taine in ähnlichem Sinne als ebenso zeitlos gültige wie ernüchternde Erfahrung konstatiert: „Die meisten glauben lieber an die Theorien ihrer Bücher als an die Erfahrung ihrer Augen und beharren bei der Idylle, die sie erdachten, oder sie träumen, die Gegenwart unbeachtend lassend, von einer schönen Zukunft; sie glauben, das Volk werde nach Vollendung der neuen Verfassung nicht nur glücklich, sondern auch weise werden.“<sup>54</sup>

Fürstin Blücher hatte im November festgestellt: „Man gewinnt den allgemeinen Eindruck, daß das Volk viel zu schwach und verhungert ist, um wirklich blutdürstig zu sein, ausgenommen, wenn es von Fanatikern, wie Liebknecht und Rosa Luxemburg, aufgereizt wird.“<sup>55</sup> Die Fürstin berichtete dazu von einem am Schloß stattgefundenen Kampfe, nachdem der dort anwesende Stallmeister Graf Westphalen, der die Tür geöffnet hatte, rabiat beiseite gedrängt worden war, und seine dreizehnjährige Tochter unter dem Schutz eines nur zufällig noch anwesenden alten Hausangestellten in Panik geflohen war:

„Besonders ein Mann war außerordentlich unverschämt [...] er lief dann in ein Zimmer des Oberstocks und schoß aus dem Fenster. Dies

sollte natürlich das Volk unten reizen und gab tatsächlich das Zeichen für die nun folgende Schlacht. Diese Methode war überall da systematisch angewandt worden, wo es zu Kämpfen kam. Dann berichtete man, daß treugesinnte Offiziere auf das Volk geschossen hätten. Später entdeckte man, daß kein Wort davon wahr war. Als die Menge das Schloß stürmte, waren keine Offiziere da, der Kampf wurde nur durch Liebknechts Agenten, die das Volk zum Blutvergießen aufstachelten, hervorgerufen.<sup>56</sup>

Am nächsten Tage bekräftigte die Fürstin die Beobachtungen noch einmal, nach der überall dieselbe Methode angewendet werde, um Eskalationen zu provozieren: „Auf dem Dache eines einem Versammlungsorte gegenüberliegenden Hauses sind Maschinengewehre aufgestellt worden. Wenn dann die Leute die politischen Zusammenkünfte besuchen, werden sie vom Dach aus erschossen, und die Soldaten auf der Straße erwidern sofort die Schüsse.“<sup>57</sup>

Aufruhr und Umsturzbestrebungen einmal in Gang gekommen, wurde die fortwährende Radikalisierung auf der äußersten Linken besonders aus Russland massiv unterstützt, die russische Botschaft wurde zu einem wichtigen Bezugspunkt der deutschen innenpolitischen Entwicklung. In der Ausgabe der „Prawda“ vom 2. Februar 1921 rühmte sich der russische Botschafter Joffe später seiner Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialisten während der kritischen Tage, wie David Shub in seiner Lenin-Biographie aufzeigte: „Die sowjetischen diplomatischen Vertreter brachten revolutionäre Propaganda, Flugblätter und Geld mit. Joffe, der Botschafter der Sowjets [...] rühmte sich später, daß ‚die russische Botschaft bei den Vorbereitungen für die deutsche Revolution mit den deutschen Sozialisten kollaboriert‘ hätte.“<sup>58</sup> Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, erwähnte in seinen Erinnerungen sich häufende verdächtige Anzeichen wie auffallend regen Kurierdienst, Gerüchte über umfangreichen Waffenschmuggel und Auftritte russischer Agitatoren in Versammlungen der USPD; nach seiner Abberufung habe sich der Attaché Semkoff gerühmt, Millionen zur Förderung der bevorstehenden Revolution in das deutsche Volk gebracht zu haben.<sup>59</sup> Letzte Gewissheit über die massive russische Unterstützung für deutsche Revolutionäre hatte die Regierung erlangt, als am 4. November auf dem Berliner Bahnhof Friedrichstraße in für die sow-

jetische Botschaft bestimmtem, beschädigtem Kuriergepäck neben anderem Propagandamaterial zufällig auch große Mengen von Flugblättern entdeckt wurden, in dem deutsche Arbeiter und Soldaten zum bewaffneten Umsturz aufgerufen wurden.<sup>60</sup> Am 6. November notierte Harry Graf Kessler in seinem Tagebuch sarkastisch, die Botschaft sei „aufgeflogen wie eine Kaschemme“.<sup>61</sup>

Vor der ernüchternden Realität im Lande sahen sich die zögerlichen Politiker der ersten Stunde mit äußerst unangenehmen Grundforderungen konfrontiert, vor denen viele lieber ausweichen wollten, und die Hippolyte Taine so skizziert hatte: „[...] die ungenügende, zersplitterte, schwankende öffentliche Gewalt [...] hat auch gegen die verbrecherischen Instinkte, die sich jede Unordnung zunütze machen, und die dauernden Begierden, die durch jede politische Erschütterung entfesselt werden, anzukämpfen.“<sup>62</sup> An anderer Stelle noch deutlicher: „[...] nur Gewalt, sichtbare, anwesende, drohende, bewaffnete Gewalt kann hungrige Mengen in Schach halten.“<sup>63</sup> Kaum jemand innerhalb des neu installierten Rates der Volksbeauftragten war bereit, eine solche Erkenntnis überhaupt zu akzeptieren. Nach den unschönen Notwendigkeiten zu handeln fand sich schließlich Gustav Noske bereit, er wurde dafür zur Hassfigur einer ganzen Epoche. Die Bedingungen, unter denen die inzwischen amtierende Berliner Regierung der Volksbeauftragten versuchen mußte, die für jedermann erkennbare Auflösung aufzufangen und ihr entgegenzuwirken, wurden im Vergleich zu anderen Revolutionsereignissen der Geschichte in und für Deutschland zudem noch dramatisch verschärft, da äußerer Frieden ebensowenig gegeben war wie innerer. Gustav Noske schrieb in tiefster Verbitterung: „Zusammengebrochen, wie es kaum jemals zuvor in der Geschichte dagewesen war, mußte das deutsche Volk sich Waffenstillstandsbedingungen diktieren lassen, die schmachvoller und drückender kaum gedacht werden konnten.“<sup>64</sup> Als in etwa das gleiche Gefühl, „das mittelalterliche Delinquenten haben mußten, denen die Knochen gliedweise gebrochen wurden“, beschrieb Walther Reinhardt, der am 6. November vom Oberkommando der 7. Armee zum Kriegsministerium nach Berlin abkommandiert worden war, seine Empfindungen bei der satzweisen telephonischen Übermittlung der Waffenstillstandsbedingungen aus Spa in der Nacht auf den 10. November in der Berliner Reichskanzlei.<sup>65</sup> Auch der während des Krieges subversiv tätige Pazifist Emil Julius Gumbel räumte später die eigene Desillusionierung ein, wenn er meinte,

es sei die Hoffnung aller „geistig Selbständigen“ in Deutschland gewesen, die Entente werde beim Sieg ihr Wort wahr machen, der Krieg gelte „nicht dem deutschen Volke, er gelte nur einem innerlich zermürbten Feudalismus“, aber auch nach dem Waffenstillstand habe die Entente ihre Politik, Unmögliches zu fordern, fortgesetzt.<sup>66</sup> Ohnmächtige Empörung und Erschütterung über ständig erpresserisch verschärfte Bedingungen der Entente hatten in den fraglichen Wochen die fast allgegenwärtige Stimmungslage gekennzeichnet. Otto-Ernst Schüddekopf zitierte unter Berufung auf eine Erinnerung Severings einen tief deprimierten Friedrich Ebert, der, nachdem General Detlof von Winterfeldt im Januar 1919 wegen der ihm unannehmbar erscheinenden Forderungen der Sieger unter Protest aus der Waffenstillstands-Kommission ausgeschieden war, äußerte: „Wenn wir alle so wären wie der General von Winterfeldt, der hat doch wenigstens für seine Person das ‚Unannehmbar‘ ausgesprochen und durchgehalten.“<sup>67</sup>

Die in Deutschland nicht nur bei der politischen Rechten anzutreffende Überzeugung, von den Alliierten im Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsgesuch bewußt getäuscht und betrogen worden zu sein, verstärkte sich in dem Maße, wie offenbar wurde, daß die Versprechungen des Wilson'schen 14-Punkte-Programms in Bezug auf Deutschland und Österreich keine Beachtung finden würden. Das Programm für einen Frieden ohne Sieger und Besiegte war im Januar 1918 von Woodrow Wilson verkündet worden, in deutscher Übersetzung hatte man es in Form von hunderttausenden Flugblättern über den deutschen Linien abgeworfen. Die darin gesetzten Hoffnungen waren erheblich gewesen, umso größer Enttäuschung, Fassungslosigkeit und ohnmächtiger Zorn, als sich das Programm in der bitteren Realität rasant fortschreitenden Zerfalls eigener Abwehrfähigkeit dann spätestens ab Anfang 1919 schließlich auch für die größten Optimisten als ziemlich genau das herausstellte, was Skeptiker von Anfang an befürchtet hatten: Kriegspropaganda mit dem vorrangigen Ziel, die deutsche Widerstandskraft zu schwächen. Die dann später in Versailles festgeschriebene, ausschließliche Kriegsschulduweisung an die Besiegten, exorbitante Reparationsforderungen und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die deutschsprachige Bevölkerung Mittel- und Osteuropas standen in krassem Widerspruch zu dem, was Wilson im Januar 1918 verkündet hatte.



1 Gruppe von Matrosen, Arbeitern und Soldaten in Berlin, Ende 1918.



2 Berlin, November 1918, Soldaten und Matrosen mit roter Fahne am Brandenburger Tor.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlich hohen des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volk, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. **Der Reichskanzler.**

Prinz Max von Baden.

## Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.

### Parteigenossen! Arbeiter! Soldaten!

Sieben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger geschlossen zum Volke übergegangen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen.

Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat.

## 1.1 Hinter die Regierung statt vor die Monarchie

Der letzte kaiserliche Kanzler, Prinz Max von Baden, zeigte in seinen Erinnerungen zwei in düsterer Vorahnung am Abend des 7. November 1918 gesehene alternative Prognosen auf, wonach die Truppe entweder mit moralischer Unterstützung der Mehrheitssozialisten und der hinter diesen stehenden Volksmassen gegen einen bolschewistischen Putsch kämpfen, oder eingesetzt werde gegen eine gewaltige Volksbewegung, die den Kaiser zur Abdankung treiben wolle – wobei man im ersten Szenario Aufstände niederschlagen, im zweiten aber einen Bürgerkrieg führen müsse.<sup>1</sup> Wie der weitere Lauf des Geschehens zeigen sollte, fand sich die Realität dann schließlich ungefähr in der Mitte der beiden prognostizierten Möglichkeiten.

„Ein großer, nie wieder gut zu machender Fehler war es, daß wir Offiziere uns bei Beginn der Revolution hinter die Regierung stellten, statt vor die Monarchie.“<sup>2</sup> In diese Worte fasste ein Jahr nach Kriegsende ein Offizier den ebenso ungelösten wie kaum je offensiv thematisierten inneren Konflikt, der seit dem Sturz des Kaisers über dem Offizierkorps lastete. Die Monarchie war untergegangen, ohne daß es irgendwelche ernsthaften Versuche zu ihrer Verteidigung gegeben hätte. Der Kaiser mußte sich, wie die übrigen Fürsten des Reiches auch, quasi in einer „Nacht- und Nebel“-Aktion in das Private zurückziehen. Fast konnte der Eindruck entstehen, die Entthronten seien von schlechtem Gewissen gequälte Usurpatoren gewesen, und nicht die Vertreter von Dynastien, die das Land über Jahrhunderte rechtmäßig regiert hatten. Am 9. November hatte General Wilhelm Groener, Generalquartiermeister der OHL, Wilhelm II. gegenüber erklärt: „Das Heer wird unter seinen Führern und Kommandierenden Generalen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät.“<sup>3</sup> Aufgrund dieser Äußerung wurde Groener später heftig kritisiert und angefeindet, denn, wie Groener selbst schrieb: „Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtungspunkt.“<sup>4</sup> Darüber wurde der dem Sturz des Kaisertums wie auch den verheerend kopflosen Waffenstillstandsbemühungen vorangegangene und in seinen unmittelbaren Auswirkungen so verhängnisvolle Ner-

venzusammenbruch Erich Ludendorffs und dessen Verweigerung gegenüber Wilhelm II. ebenso wie die Rolle Hindenburgs in den Hintergrund gedrängt.

Ludendorff hatte in einer entscheidenden Besprechung mit dem Kaiser am 26. Oktober ultimativ seinen Abschied eingefordert. „Ludendorffs trotziges Beharren auf der Abschiedsforderung ‚in unehrerbietiger Form‘ [nach dem Zeugnis Hindenburgs] bedeutet eine gehörigere Verletzung der herkömmlichen Auffassung von der Gehorsamspflicht des preußischen Offiziers“, meinte Siegfried Kaehler dazu, „als man sie der vielberufenen nach der ausgebrochenen Revolution gefallenen Äußerung Groeners über die Hinfälligkeit des Fahneneides zum Vorwurf zu machen pflegt.“<sup>5</sup> Ludendorff habe aus verletzter Eitelkeit und „Ich-bezogener Überschätzung seiner persönlichen Bedeutung, ohne Rücksicht auf die Wirkung seines Verhaltens auf die Gesamtheit“ gehandelt, während Groeners Ausspruch eine im sich bereits vollziehenden Zusammenbruch gegebene Tatsache benannt habe im Bemühen, das Heer vor einem aussichtslosen Bürgerkrieg zu bewahren.<sup>6</sup> Die Einschränkung „nach dem Zeugnis Hindenburgs“ ist hier allerdings von besonderer Bedeutung, denn nach Wolfram Pytas Darstellung spricht aus Kaeblers Auffassung die geschichtspolitische Einflußnahme Hindenburgs. Dem Kaiser sei es demnach mit seinen bewußt scharfen Angriffen gegen Ludendorff während der Besprechung am 26. Oktober in Kenntnis dessen Naturells gerade darum gegangen, diesen zu zornigem Rückzug zu bewegen und somit die bis dahin untrennbar erschienen „Dioskuren“ (Pyta) gegeneinander auszuspielen, da mit einem gleichzeitigen Rückzug des aus politischen Gründen als Gallionsfigur benötigten Hindenburg nicht gerechnet wurde.

Hindenburg war bei Kriegsbeginn einer größeren Öffentlichkeit vollkommen unbekannt gewesen; Evelyn Fürstin Blücher hatte im August 1914 in ihrem Tagebuch eingetragen: „Die Russen sitzen in Ostpreußen; man hört haarsträubende Geschichten über ihre Grausamkeit gegen die dortige Bevölkerung. General von Prittwitz und Gaffron ist wegen seiner Mißgriffe zurückberufen worden, ihn ersetzt ein General von Hindenburg, ein ganz alter Mann. Er soll jeden Zoll breit in Ostpreußen kennen.“<sup>7</sup> Nach dem Sieg bei Tannenberg und der anschließenden Befreiung Ostpreußens von den Russen war der nominell verantwortliche General von Hindenburg im weiteren Verlauf des Krieges von Presse und Propaganda zu einem wahren Titanen hochstilisiert worden,

wiewohl die eigentlichen Köpfe hinter dem Erfolg Ludendorff und Generalmajor Max Hoffmann gewesen waren. Im Oktober 1918 bestand Hindenburg nach einem lauwarmen Demissionsersuchen tatsächlich entgegen mehrfach vorangegangener, sehr bestimmter diesbezüglicher Ankündigungen nicht auf seinem Abschied, was gegenüber Ludendorff eine unehrenhafte Loyalitätsverweigerung darstellte, die im Offizierkorps auch durchaus bemerkt wurde.<sup>8</sup> Wenn Hindenburg hinterher das „unehrerbietige Verhalten“ Ludendorffs, das er in ähnlicher Form zuvor schon etliche Male schweigend übergangen hatte, nun erstmalig hervorhob, konnte er damit der Kritik an seiner eigenen Illoyalität den Wind aus den Segeln nehmen und das Festhalten an seiner Position rechtfertigen.<sup>9</sup> Ludendorff allerdings war außer sich vor Entrüstung, noch am selben Tage gingen die beiden zuvor gemeinsam nach Berlin angereisten Generale im Wortsinne getrennte Wege. Ein Effekt des strategischen Verhaltens Hindenburgs war aber, daß das Feldheer dann nach der Abdankung des Obersten Kriegsherren eben nicht führungslos auseinanderfiel, sondern in tadelloser Ordnung in die Heimat zurückkehrte, und zwar unter dem Oberkommando Hindenburgs. In Unkenntnis dieser Vorgeschichte war jedoch auch das Urteil des besonnenen Alfred Döblin über Wilhelm Groener eindeutig, wenn er ihn erwähnte als „jener hohe Offizier, welcher vor dem Kaiser in einer entscheidenden Stunde den Fahneid ‚nur eine Idee‘ nannte, die unter gewissen Umständen nichts bedeutet, ein Mann, der vor der Geschichte den Abgang des Kaisers auf dem Gewissen hat“.<sup>10</sup>

Ungeachtet der noch näher zu betrachtenden Äußerung Groeners bestimmte Bindung an oder Entbindung vom Fahneid auch im November 1918 noch persönliche Festlegungen mit möglicherweise weitreichenden Konsequenzen für den weiteren Verlauf des Geschehens. Albrecht von Thaer vermerkte in seinem Tagebuch dazu eine Gesprächsnotiz, die ahnen läßt, daß ein konsequentes Beharren Wilhelms II. auf seinen überlieferten Rechten Auswirkungen über die deutschen Grenzen hinaus gehabt hätte. Der hochverdiente preußisch-polnische Oberst von Raczewski, bis Kriegsende Kommandeur des 16. Husaren-Regiments, war nach eigenem Bekenntnis zeitlebens gleichermaßen bekennender Pole wie unbedingt loyaler Offizier des Königs von Preußen. Unmittelbar nach Kriegsende formierte er ein polnisches Ulanenregiment, und erklärte sich aus diesem Anlaß seinem Freund und bisherigen Kameraden von

Thaer gegenüber dahingehend, er habe dem König von Preußen immer den Fahneneid gehalten, fühle sich der nunmehrigen neuen Berliner Regierung aber in keiner Weise verpflichtet.<sup>11</sup> Es ist nicht anzunehmen, daß Razcewski der einzige in preußischen Diensten stehende polnischstämmige Offizier mit vergleichbarem Standpunkt gewesen war. In der preußischen Armee ausgebildete Offiziere und mit diesen gehende Unterführer und Mannschaften polnischer Volkszugehörigkeit wurden dann binnen weniger Wochen zu einem wesentlichen Kader der Streitkräfte des neuen polnischen Staates.

Die psychologischen Auswirkungen des kaiserlichen Rückzuges waren in der Tat verheerend. Wenngleich auch zumindest den meisten jüngeren Frontoffizieren die Monarchie im Verlaufe des Krieges ohnehin eher nebensächlich geworden war, fühlten sich viele doch nach dem vermeintlich kleinmütigen Rückzug des Kaisers schmachlich verraten und im Stich gelassen, und hatten den Respekt restlos verloren. Der gleichermaßen betroffene wie empathische Alfred Döblin ließ einen heimgekehrten Offizier darüber in tiefster Enttäuschung sinnieren:

„Wie konnte das vernichtet werden und verschwinden, [...] wie ein Staub, den man wegbläst, das, was Millionen von uns in den Krieg geschickt hat und opferte und tötete jung und alt, und das verschwindet wie ein Gespenst beim Hahnenkrähen, das Reich, das deutsche Reich, der Rahmen unseres Daseins. [...] Der Kaiser in Holland, der Kronprinz, alle Fürsten weg, und eine Meute von Menschen, die keiner kennt, sitzt an ihrem Platz – und wir, wie sollen wir das denken? [...] Und nicht einmal, daß Millionen dahinten liegen, die Toten, und daß es zu Millionen Verstümmelte gibt, hat sie zurückgehalten. Welche Schamlosigkeit, und sie waren unser Halt, der Rahmen unseres Daseins. [...] Man kann besiegt werden, man erliegt aber nicht, und nicht so. Das ist entlarvend. Sie konnten nicht sterben, sie fürchteten den Tod wie Bürger. Sie hatten nicht die gehörige Beziehung zu Tod und Leben. [...] Sie waren unecht.“<sup>12</sup>

Selbst der Kommunist Adolf Meinberg sprach von den „fahnenflüchtigen Hohenzollern“,<sup>13</sup> und Hermann Ehrhardt stellte vier Jahrzehnte später noch mit spürbar durchklingendem Zorn fest:

„Die Monarchie war für mich und einen großen Teil meiner Offiziere erledigt, nachdem der Kaiser und der Kronprinz noch im Kriege die Front verlassen haben und über die Grenze gingen, statt mit gezogenem Schwert auf den Stufen ihres Thrones zu fallen. In Praxis, statt mit ein paar Garderegimentern nach Berlin zu reiten und das rote Pack niederzuschlagen. Ob der alte Hindenburg dem Kaiser dazu geraten hat, über die Grenze zu gehen oder nicht, ist dabei gänzlich gleichgültig gewesen.“<sup>14</sup>

Wie es zu dem ebenso dramatischen wie anscheinend kläglichen Umsturz in Spa hatte kommen können, und ob dieser tatsächlich unumgänglich gewesen war, darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Wilhelm Groener verwies zur Genese seiner tief pessimistischen Lagebeurteilung später auch auf Aussagen wie diejenige, die ihm General Otto Löffler am 5. November brieflich übermittelt hatte:

„Die Widerstandskraft der Truppe geht zu Ende. Sie kennen mich genug, um zu wissen, daß ich kein Schwarzseher bin. Meine Division hat seit Anfang Mai nicht einen Tag Ruhe gehabt. Wochen- und monatelang war nur Biwak möglich. Von richtigem Säubern, Entlausen und dergleichen ist ebensolange keine Rede mehr. Dabei hat die Truppe drei Monate die Kämpfe und Schlachten an der Aire mitgemacht, ist sie von dort in den Mihiel-Bogen kurz vor der Krisis geraten, und nun liegt sie seit elf Tagen in ununterbrochenem Kampfe dicht östlich der Maas. Fast ausnahmslos ist jeder Mann die ganze Zeit eingesetzt gewesen. [...] Durch blutige Verluste von rund 7000 Mann, namentlich an Dienstgraden und bei der Infanterie, sind die Verbände nicht mehr so gefügt wie früher. Soweit ich mich umsehe, ist es bei jeder anderen Division ähnlich gewesen. Noch haben wir unsere Schuldigkeit getan. Jeder

Tag bringt dafür Beweise. Der Zeitpunkt des Umkippens rückt aber bedenklich näher. Es handelt sich bis dahin nicht mehr um Wochen.“<sup>15</sup>

Am 9. November war Ludwig Beck an der Seite von Graf von der Schulenburg im Großen Hauptquartier in Spa Zeuge der dortigen Vorgänge gewesen, die in Groeners kühler Absage an den Kaiser mündeten. Zuvor hatte Beck bereits die vorangegangene Offiziersbefragung miterlebt. Durch diese Befragung von etlichen an der Front unter schwerstem Druck stehenden und in aller Eile aus ihren Kommandoposten herbeigeschafften höheren Offizieren wollte die OHL feststellen, ob der Kaiser für den Fall einer Erhebung im Inneren des Reiches die unveränderte Loyalität der Truppe besitze. Nach der Darstellung Becks wurde das Unterfangen jedoch von vornherein so aufgezogen, daß sich mit dem zu erwartenden Ergebnis der Befragung die dann dem Kaiser gegenüber behauptete unbedingte Aussichtslosigkeit entsprechender Hoffnungen auf jeden Fall würde bekräftigen lassen. Beck kritisierte später das Verfahren der Stimmungsermittlung durch Groener äußerst scharf. An der Front selbst war die Lage noch wenige Tage zuvor keineswegs überall als so vollkommen aussichtslos wie von General Löffler übermittelt angesehen worden, und wie sie nun von entscheidenden Stimmen der OHL dargestellt wurde. Noch am 31. Oktober hatte der unbestechliche Walther Reinhardt, später Gustav Noskes loyalster Mitarbeiter, zu dieser Zeit im Range eines Oberstleutnants Chef des Stabes der 7. Armee in der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, voller Zuversicht an seine Frau geschrieben: „Wir stehen im Westen ganz befriedigend fest. Alle anderen Gerüchte sind Blödsinn, die Franzosen leisten nicht mehr viel und rennen uns sicher nicht über den Haufen, ebensowenig für 1918 die Amerikaner.“<sup>16</sup> Zwei Tage später hatte er ergänzt: „Wir hatten am 25., 26., 27., 29. und am 1. November heftige Gefechte, die von Anfang an in der Hauptsache glücklich verliefen, das gestrige durchweg. Das hebt natürlich die Haltung und die Stimmung der ganzen Armee und das ist von höchstem Wert.“<sup>17</sup> Nun, wenige Tage später in Spa, wurde den in größter Eile herbeigerufenen, seit Monaten physisch wie psychisch an den äußersten Grenzen menschlichen Vermögens agierenden und nach einer Nachtfahrt in offenen Fahrzeugen bei spätherbstlicher Kälte völlig erschöpften und übermüdeten Frontoffizieren keinerlei Erholungspause, noch nicht einmal ein Imbiss, zuge-

standen. Hindenburg selbst hatte dann unmittelbar nach dem Eintreffen der Offiziere in knapper Begrüßung mit durchgängig negativer Lageschilderung und hypothetisch-drohender Skizzierung zu erwartender Konsequenzen bei zu optimistischer Beantwortung dafür gesorgt, daß die Antworten auf die im Anschluß von Groener aufgeworfenen Fragen praktisch nur noch im Sinne der OHL verneinend erwartet werden konnten.<sup>18</sup> Entsprechend der Schilderung Ludwig Becks gab es keine Möglichkeit zur Erörterung verbliebener Alternativen, über mögliche Auswirkungen ihrer Antworten ließ man die Offiziere völlig im Unklaren:

„Die aus der Front eintreffenden Offiziere nahmen [...] auch sehr ungünstige Nachrichten [...] ohne weitere Kritik in sich auf. Ein geeigneter Nährboden, alles schwarz zu sehen, war bei ihnen weiter dadurch vorbereitet, daß fast alle, so wie sie waren, aus den nun seit Wochen andauernden, aufreibenden und in jeder Hinsicht deprimierenden Rückzugskämpfen herausgeholt waren. Sie hatten meist eine Nachtfahrt im offenen Auto, in dünnem Mantel, vielfach von hunderten von Kilometern hinter sich, waren durchgefroren, ungewaschen und ungefrühstückt. Bei der Tragweite des abzugebenden Urteils jedes einzelnen nach Spa bestellten Offiziers war es eine schlechte Regie, diese Offiziere, die körperlich und seelisch vielfach so herunter waren, zu befragen, ohne ihnen vorher eine Erholungspause gegeben zu haben und ohne ihnen eine gewisse Zeit zu lassen, die ihnen meist unbekanntes Verhältnisse in der Heimat einigermassen zu verarbeiten. Es war auffallend, wie verändert dieselben Offiziere bereits am Nachmittage aussahen, als sie sich etwas ausgeruht, gesäubert und gegessen hatten und bei einer Zigarre saßen. [...] Das Bild der Lage, auf Grund dessen die Kommandeure ihre Urteile abgeben sollten, war so schwarz, daß auf eine Antwort im Sinne S.M. kaum zu rechnen war. [...] Die Frage, ob S.M. bei der Truppe sicher sei, ist meines Wissens nicht gestellt worden.“<sup>19</sup>

Generalmajor Ernst Kabisch schrieb ein halbes Jahr später, am 19. Mai 1919, im Zusammenhang mit der Frage einer Annahme der Versailler Friedensbedingungen und der Stellung Groeners und Hindenburgs dazu, an den Preußi-

schen Kriegsminister Walther Reinhardt, insbesondere seit der Offiziersbefragung zum 9. November in Spa habe er kein Vertrauen mehr zu den operativen Beratern der OHL.<sup>20</sup> Groener selbst meinte später zu derartiger Kritik unter Zuhilfenahme einer rein persönlichen Mutmaßung lediglich: „Ich gebe zu, es wäre psychologisch vielleicht besser gewesen, man hätte die Herren erst ruhig frühstücken lassen – aber am Gesamturteil hätte sich wohl kaum etwas geändert.“<sup>21</sup> Groeners Aussage gegenüber dem Kaiser, daß „das Heer wohl unter seinen kommandierenden Generälen, nicht aber unter Führung Seiner Majestät in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückkehren würde“ war nach seiner Darstellung im sogenannten Münchner Dolchstoßprozeß „die letzte ehrliche, wahrhaftige und aus tiefbekümmertem Herzen kommende Warnung an den Kaiser, sich aus der Situation auf die Art herauszuziehen, die ihm unter den gegebenen Umständen noch möglich war“.<sup>22</sup> In seinen Erinnerungen ergänzte Groener dazu später, es hätte ihn nicht gewundert, wenn ihn einer der Anwesenden in diesem Moment „über den Haufen geschossen hätte“, denn seine Worte seien eine Ungeheuerlichkeit gewesen in diesem Kreise, in dem nur Hindenburg unter größter Überwindung und er selbst die Nüchternheit aufgebracht hätten, die Dinge so zu sehen, wie sie waren.<sup>23</sup> John Wheeler-Bennet verwies auf die Einlassung Groeners, Hindenburg habe die unbedingte Ausweglosigkeit der Lage deutlich erkannt gehabt und er, Groener, habe schließlich ausgesprochen, was beide für unumgänglich gehalten hätten: „Hindenburg wußte, daß richtig war, was er tat, aber er hatte nicht den Mut, die Wahrheit, die er kannte, zu verbreiten [...] und sich nach jemandem umgetan, der ihn an die Hand nehmen und führen würde.“<sup>24</sup> Die These von der scheuen Zurückhaltung Hindenburgs in Spa wurde inzwischen durch Wolfram Pyta relativiert, der Hindenburg eine entscheidende Rolle zusprach. Demnach habe Hindenburg den Nachfolger Ludendorffs, den Württemberger Groener, sehr bewußt mit einer gemeinsam gefundenen Entscheidung vorgeschoben, um das eigene Renommee nicht zu beschädigen.<sup>25</sup> Schon lange vor Kriegsende hatte sich Hindenburg bereits deutlich gegen den Kaiser gestellt gehabt. Sein Protestschreiben an Wilhelm II. vom 7. Januar 1918 bezüglich der von Generalmajor Max Hoffmann empfohlenen und vom Kaiser befürworteten, zurückhaltenden neuen Grenzziehungen im Osten im Zusammenhang mit dem Friedensschluß von Brest-Litowsk bezeichnete Ernst Rudolf Huber als „Ausdruck einer Generalsfronde, die hart an der

Grenze der Insubordination stand; der preußisch-deutschen Militärgeschichte war ein vergleichbarer Akt unbekannt<sup>26</sup> und als „beispiellosen Affront“ der Spitzen der Armee „gegen die vom Kaiser und Obersten Kriegsherrn getroffene Entscheidung“.<sup>27</sup> Ein für den schließlich nahezu vollständigen Ansehensverlust des Hauses Hohenzollern noch weitaus folgenreicheres Detail war über der Aufregung über Groeners Offenheit ebenfalls untergegangen, nämlich die Tatsache, daß es Hindenburg gewesen war, der Wilhelm II. gegen dessen eigene Absichten unter einer zumindest sehr weit gegriffenen Warnung vor einer möglichen Inhaftierung durch Revolutionäre bei angeblich gleichzeitiger Unzuverlässigkeit der in Spa greifbaren Truppen zur Flucht nach Holland nicht nur regelrecht gedrängt, sondern diese bereits ohne Wissen des Monarchen vorbereitet hatte.<sup>28</sup> Dabei ging Hindenburg sogar soweit, dem für die Sicherheit des kaiserlichen Hauptquartiers verantwortlichen Generaloberst von Plessen wahrheitswidrige Angaben über eine nicht mehr gegebene Kampfbereitschaft der für die Sicherung des Hauptquartiers zuständigen und bis dahin als absolut zuverlässig angesehenen 2. Gardedivision zu machen, um diesen dem Kaiser zutiefst loyalen Offizier dazu zu bewegen, den in klarer Erkenntnis der zwangsläufig zu erwartenden, verheerenden psychologischen Konsequenzen immer noch heftig widerstrebenden Monarchen zum Übertritt nach Holland zu überreden.<sup>29</sup> Wolfram Pyta meinte, Hindenburg sei die treibende Kraft gewesen bei diesem Schritt, der „wie kein zweiter das Ansehen der Hohenzollernmonarchie ruinierte und zumindest den letzten Träger der preußischen Krone so diskreditierte, daß Wilhelm II. selbst bei vielen Ultramonarchisten persona non grata wurde“,<sup>30</sup> und fasste die verheerende Wahrnehmung des Vorgangs zusammen: „Der Nachfahre Friedrichs des Großen [...] hatte einfach Reißaus genommen [...] Solch unsoldatisches Verhalten rührte am innersten Kern der preußischen Monarchie, deren Identität in der militärischen Kommandogewalt des Königs ruhte.“<sup>31</sup> Daß Hindenburg dann sein Verhalten in der Frage des Thronverzichts Wilhelms II. am 9. November 1918, wie auch Friedrich Reck meinte, rückblickend als einen Verrat an der Krone, den sich dieser „nie hat vergeben können“, empfunden habe,<sup>32</sup> verwies Pyta in das Reich der Legende.<sup>33</sup> Ludwig Beck hatte für die Vorgehensweise jedenfalls keinerlei Verständnis: „Ein solcher Abgrund von Gemeinheit, Feigheit und Charakterlosigkeit, den hatte ich bis dahin für unmöglich gehalten. In wenigen Stunden ist eine 500-jährige

Geschichte zerschlagen worden, wie einen Dieb hat man den Kaiser nachts auf holländisches Gebiet abgeschoben.“<sup>34</sup> Die von Beck geäußerte Erbitterung war dabei keineswegs auf die Offizierkaste beschränkt. „Fügen wir uns dem Wunsche der kaltherzigen Plutokraten jenseits des Kanals und des Ozeans jagen wir unseren Kaiser zum Teufel, dann schäme ich mich für alle Zeiten jemals ein Deutscher gewesen zu sein“,<sup>35</sup> hatte der Matrose und Gewerkschafter Richard Stumpf noch im Oktober in seinem Tagebuch notiert.

Berechtigt oder nicht, Groener wurde durch seine Offenheit Wilhelm II. gegenüber in Verbindung mit der Zurückhaltung Hindenburgs in der Folgezeit vielfach als der Hauptverantwortliche für die Loyalitätsverweigerung und die überstürzte Abdankung des Kaisers angesehen. Es kann davon ausgegangen werden, daß auch der nach außen kühle Tatmensch Groener emotional tief betroffen war, und sich seinerseits bemühte, das Haus Hohenzollern im Interesse des Reiches vor Schaden zu bewahren. „Der Absetzung konnte nur vorgebeugt werden dadurch, daß die Abdankung verkündet wurde. Sollte noch die geringste gute Wirkung zugunsten des Kaisers und seines Hauses erzielt werden, so mußte die Veröffentlichung augenblicklich erfolgen und durfte nicht der Absetzung nachgeschickt werden“,<sup>36</sup> erklärte Prinz Max von Baden die Dramatik des Vormittags des 9. November 1918. Prinz Max, dem es über den ganzen Vormittag nicht gelang, die dringend benötigte definitive Aussage des Kaisers bezüglich seiner Abdankung zu erhalten, ließ nach eigener Darstellung die Nachricht über einen anstehenden Thronverzicht des Kaisers, über den er zu diesem Zeitpunkt nur inoffiziell informiert war, bereits aus eigenem Entschluß ohne offizielle Benachrichtigung aus Spa an das Wolfsche Telegrafienbüro gehen, um Schlimmeres zu verhindern.<sup>37</sup> Das Groener ebenfalls nachgesagte, Alfred Döblin besonders erschütternde Wort vom fiktiven Begriff des Fahneneides wurde dessen Darstellung nach aus dem Zusammenhang genommen. In einer Unterredung mit General von der Schulenburg, in der dieser seine Empörung über den eigenmächtigen Abmarsch einer bis dahin als besonders zuverlässig geltenden Einheit mit den Worten bekräftigte, die Soldaten hätten doch schließlich einen Fahneneid geleistet,<sup>38</sup> habe er, Groener, geantwortet, man solle sich nicht wundern, wenn in Zeiten revolutionärer Gärungen die Begriffe Fahneneid und Oberster Kriegsherr wirkungslos und zur Fiktion würden, und dabei auf die unleugbaren Tatsachen der Meuterei in Kiel und der Auflösung in der Etappe

hingewiesen. Groener betonte zudem, diese Äußerung sei eben nicht gegenüber dem Kaiser gefallen, der sich in dem betreffenden Moment gar nicht in seiner Nähe befunden habe, sondern gegenüber einigen Herren seiner Umgebung.<sup>39</sup> Der Kaiser selbst habe sich dann von Groener mit den Worten verabschiedet: „Sie sind württembergischer General, nachdem ich nicht mehr Kaiser bin, habe ich nichts mehr mit Ihnen zu tun.“<sup>40</sup> Die Verabschiedung von Admiral Scheer sei ähnlich verlaufen.<sup>41</sup> Nach der Darstellung Ernst Rudolf Hubers wäre in dieser Erwähnung allerdings kaum mehr zu sehen als ein durchsichtiger Versuch Groeners, die eigene Flucht aus der Verantwortung für die Eskalation des Geschehens bis zu diesem Moment zu kaschieren.<sup>42</sup>

Ganze drei Tage vor jenem schicksalhaften 9. November hatte es auch tatsächlich noch so ausgesehen, als könne die Monarchie unter Umständen bewahrt werden. Wilhelm Groener hatte nach einer Besprechung mit den Führern der Mehrheitssozialisten am Mittag des 6. November 1918 im Reichskanzlerpalais in Berlin festgestellt, die Parteiführer hätten zwar die sofortige Abdankung von Kaiser und Kronprinz gefordert, gleichzeitig aber gerade dadurch die Monarchie erhalten wollen.<sup>43</sup> Ein gewaltsamer Umsturz der Regierungsform habe nicht in der Absicht der betreffenden Politiker gelegen, vielmehr sei allen „der gewaltsame Umsturz verhaßt und auch für die eigenen Parteiabsichten in höchstem Grade unerwünscht“ gewesen, da mit der bereits durchgeführten Parlamentarisierung alle ihre Wünsche erfüllt gewesen seien und die Revolution „ihnen nur die Gewalt über die Massen entreißen konnte“.<sup>44</sup> Im sogenannten Münchner Dolchstoßprozeß sagte Groener später zu der Besprechung mit den führenden Sozialdemokraten am 6. November: „Von keiner Seite ist ein Wort gefallen, das darauf schließen ließ, daß die Herren etwa auf die Revolution hinstrebten. Im Gegenteil, von der ersten bis zur letzten Äußerung [...] ist nur davon gesprochen worden, wie man die Monarchie erhalten könne.“<sup>45</sup> Nach der Darstellung Ernst Rudolf Hubers verschwieg Groener in diesem Zusammenhang allerdings die nicht gerade unwesentliche Tatsache, daß sich die OHL in seiner Gestalt während dieser Besprechung sämtlichen alternativen Denkmodellen zur Erhaltung der Monarchie brüsk verweigerte. Huber erhob äußerst schwere Vorwürfe gegen Groener, widmete gar dessen „Auftreten“ vor den mehrheitssozialistischen Parteiführern am 5./6. November ein eigenes Unterkapitel,<sup>46</sup> in dem er dieses als eine geplante politische Aktion

der OHL darstellte, mit der erst die Krise der Monarchie auf den Höhepunkt getrieben worden sei, da durch die von Groener gegenüber den Politikern bewußt schroff formulierte Ablehnung einer Rücktrittsforderung an Wilhelm II. und die bruske Zurückweisung von alternativen Lösungsvorschlägen jegliche weitere Möglichkeit einer dilatorischen Behandlung der Frage verbaut worden sei.<sup>47</sup> Es fand sich dann aus einem Bündel von Gründen bekanntermaßen kein Weg mehr, die Monarchie zu retten, und die OHL stellte sich für eine Zusammenarbeit mit Ebert zur Verfügung. In der Abdankungserklärung des Kaisers vom 9. November 1918 findet sich als Punkt 5 eine auf den ersten Blick nebensächlich anmutende Anfügung, die es allerdings in sich hatte: „Heerführer und Oberbefehlshaber sind der Ansicht, daß die Tatsache der Abdankung des Deutschen Kaisers und Obersten Kriegsherrn jetzt die schwersten Erschütterungen in der Armee hervorrufen wird und können eine Verantwortung für den Zusammenhalt der Armee nicht mehr übernehmen.“<sup>48</sup> Von einem Absetzen des Kaisers nach Holland ist in der Erklärung keine Rede, die preußische Krone hatte Wilhelm II. zum Zeitpunkt der Abfassung der Erklärung noch nicht niedergelegt, vielmehr die Absicht bekundet, bei den preußischen Truppen verbleiben zu wollen. Groener hatte den Obersten Kriegsherrn faktisch zum Rücktritt gedrängt, hier hört es sich nun aber so an, als habe die Heeresleitung nicht nur mit dem Rücktritt nichts zu tun, sondern sei von diesem gar überrascht worden. Sollte der Text von Groener stammen, hätte er mit dem Kaiser tatsächlich ein doppeltes Spiel getrieben; wurde der fünfte Punkt ohne Zutun Groeners angefügt, so deutet er auf ein schweres Zerwürfnis innerhalb der OHL hin – eines war die Anfügung aber in jedem Fall: Eine deutliche Drohung in Richtung der Volksbeauftragten. Die wiederum hatten keine große Wahl, denn wenn sie nicht über kurz oder lang von den Radikalen an die Wand gedrückt werden wollten, benötigten sie zwangsläufig Mittel zur Durchsetzung ihres Regierungsanspruches, also militärische Gewaltmittel. Dafür war aber kein anderer Partner greifbar als eben die OHL. Hindenburg hatte am Tage der Abdankung des Kaisers in einem Tagesbefehl deutlich die Verhinderung eines Bürgerkrieges und die Bewahrung der Sicherheit für die Heimat als das nunmehrige Hauptanliegen der OHL benannt. Groener betonte, das Offizierkorps habe nur mit einer Regierung zusammenarbeiten können, von der die Bereitschaft zur entschlossenen Zurückweisung des Radikalismus erwartet

werden konnte.<sup>49</sup> Der behutsame und friedenssehnsüchtige Friedrich Ebert konnte sich der radikalen Unabhängigen und Spartakisten aus eigener Kraft nicht erwehren, er war der gebotene Partner, und wieder ging auf Seiten der OHL die Initiative von Groener aus. „Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein“;<sup>50</sup> schrieb er in seinen Erinnerungen. Für diesen Schritt übernahm Groener die alleinige Verantwortung. Hindenburg sei zu diesem Zeitpunkt über sein Vorgehen nicht im Bilde gewesen, habe dieses aber im Nachhinein gebilligt, nachdem Groener eingehend mit ihm die innenpolitische Lage im Reich besprochen habe.<sup>51</sup> Nach außen drang, von Groener im Sinne der OHL durchaus gewollt, das zwar nicht ganz falsche, aber eben doch etwas zu eindimensionale Bild eines selbstlosen Hindenburg, so daß Fürstin Blücher in ihrem Tagebuch vermerkte: „Hindenburg soll sich zur Verfügung der neuen Regierung gestellt haben, um organisieren zu helfen. Was für ein großer, alter Mann er ist; er tut sein Bestes für sein Vaterland und entzieht sich immer der öffentlichen Beachtung. [...] Er ist in Wahrheit ein echter Patriot.“<sup>52</sup>

Heinz Hürten wies auf den für die Entscheidung der Volksbeauftragten zur Zusammenarbeit mit der OHL entscheidenden Umstand hin, daß das Heer sich dem Sturz der Monarchie und dem dringenden Friedenswunsch der großen Mehrheit nicht entgegengestellt hatte, und daß es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch nicht zu blutigen Zusammenstößen zwischen Truppe und Demonstranten gekommen war; da Heer und OHL nicht durch einen Kampf gegen die Revolution belastet waren, wurde die Zusammenarbeit gegen einen gemeinsamen Gegner ermöglicht.<sup>53</sup> Der Adjutant des preußischen Kriegsministers Scheüch notierte am 18. November:

„Man kann es nur als ein Glück für alle ordnungsliebenden Elemente im Staate bezeichnen, daß die Revolution überhaupt auf dem Programm Ebert-Haase Halt gemacht hat. Das Fehlen fast aller, die alte Ordnung verbürgenden Machtmittel und die völlige Erschlaffung von 9/10 des Volkes nach vierjährigem Kriege hätten zu ganz anderen Erfolgen des Umsturzes führen können. Die Regierung Ebert-Haase, ganz gleichgültig, ob sie zur Zeit eine Diktatur des Proletariats bedeutet oder nicht, ist das letzte Bollwerk gegen die Anarchie, die von Rußland mit allen Mitteln bei uns befördert wird.“<sup>54</sup>

Von einer ganz anderen Sichtweise sprach Gustav Stresemann, als er sich kurz nach den Ereignissen des Kapp-Putsches in einem Zeitungsartikel an eine Äußerung des Abgeordneten Haase erinnerte, der zu den Vorgängen des 9. November gesagt habe, die Behauptung, die Arbeiterschaft habe den Sieg der Revolution errungen, sei vollkommen falsch, da die Arbeiterschaft nie über den Sieg von Revolutionen entscheide. Deren Ausgang sei im Gegenteil jeweils davon abhängig, ob es gelinge, einen ausreichend großen Teil der Streitkräfte auf die Seite der Revolutionäre zu ziehen. Die Novemberereignisse hätten nur auf die Ausrufung der Republik hinauslaufen können, weil die Truppen sich dem nicht entgegen stellten.<sup>55</sup> Im selben Sinne brachte Erich Otto Volkmann die letztlich entscheidende Auswirkung aus entgegengesetzter Perspektive auf den Punkt: „Der deutschen Revolution im Sinne eines Lenin ist, soweit in Deutschland überhaupt der Wille und die Möglichkeit dafür bestand, schon am Abend des 9. November das Rückgrat gebrochen, in jener Stunde, als der Offizier des kaiserlichen Heeres und der Führer der gemäßigten Sozialdemokratie ihr Bündnis gegen Moskau schlossen.“<sup>56</sup> Am 8. Dezember 1918 wandte sich Hindenburg mit einem von Groener entworfenen Brief an Ebert, in dem er betonte, er habe sich mit ihm verbündet, um der Not des Vaterlandes gerecht zu werden und das Volk vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren.<sup>57</sup> Was sich für die Sozialdemokratie später als schwere Hypothek bei vielen ihrer Anhänger herausstellen sollte, wurde mit einer Absprache zwischen Ebert und Groener initiiert: Ein Bündnis mit den Offizieren zur Bewahrung der äußeren Ordnung und zur Verhinderung eines Umschlagens der Revolution in russische Verhältnisse. Groener sagte dazu: „Der Zweck unseres Bündnisses, [...] war die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht der Truppe, und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung.“<sup>58</sup> Die rückblickende Aussage Groeners erfolgte im Jahre 1925 und war nach Ansicht von Klaus Gietinger „den führenden Mehrheitssozialdemokraten [...] extrem peinlich“.<sup>59</sup> Im November 1918 aber mußten Entscheidungen getroffen werden in einer gnadenlosen Realität, die stündlich deutlicher werden ließ, daß, wie Gerd Krumeich schrieb, die Republik schlicht mit den Armeebefehlshabern kooperieren mußte angesichts der Tatsache, daß Chaos unter den gegebenen Bedingungen eine durchaus denkbare tägliche Möglichkeit war.<sup>60</sup> Auf eine selt-

samerweise kaum erwähnte und angesichts der unklaren verfassungsrechtlichen Situation auch schwierig zu vermeidende, psychologisch folgenschwere Schwachstelle der unsicheren Politik in den ersten Tagen der Zusammenarbeit wies Jacques Benoist-Méchin hin: „Niemand kam auf den Gedanken, daß die erste Tat einer wahrhaft revolutionären Regierung darin bestanden hätte, Hindenburg zur Eidesleistung auf die Republik zu zwingen und ihn im Falle einer Weigerung verhaften zu lassen.“<sup>61</sup> Die Offiziere von Heer und Marine hatten in ihrer Mehrheit im Umsturz zunächst nichts anderes gesehen als Verrat – am Vaterland, an der kämpfenden Truppe, am Obersten Kriegsherren, und an sich selbst. Innerhalb der OHL war man jedoch schnell zu der Auffassung gelangt, nur noch in einer Zusammenarbeit mit der stärksten politischen Kraft, also der Sozialdemokratie, den Absturz des Landes ins Bodenlose und eine Bolschewisierung nach russischem Muster verhindern zu können. Bei der Unterstützung der Ebert-Regierung entsprach das Verhältnis der Truppe zu dieser Regierung, wie Harold Gordon anmerkte „mehr dem eines Alliierten, als dem eines Dieners seinem Herrn gegenüber“.<sup>62</sup>



4 Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff, 1916.



5 General Wilhelm Groener.



**6** Wilhelm II. am 10. November 1918 auf dem Bahnsteig des belgisch-niederländischen Grenzübergangs Eysden kurz vor seiner Abreise ins Exil.

## 1.2 Wie Zugvögel nach einem mörderischen Sturm

Physische und psychische Verfassung auf der deutschen Seite der im Spätherbst 1918 endlich schweigenden Front fasste der französische Militärgeschichtler Jacques Benoist-Méchin in die Worte:

„Die Frontsoldaten hatten so schwere Kämpfe hinter sich, daß sie, ermattet und vom Fieber geplagt, die Ereignisse wie hinter einem Schleier der Unwirklichkeit vor ihren Augen vorüberziehen sahen. Bis zum letzten Augenblick hatten sie im Kampf gestanden und waren zu Tode erschöpft. Vom Krieg wußten sie nur noch das eine, daß er zu Ende war. Im Gegensatz zu den französischen Soldaten, denen sich das ‚Morgen‘ unter den Freudentränen und dem Jubel aller seit dem Eindringen des Feindes von der Heimat getrennten Provinzen als Tag der Befreiung darbot, erwachte der deutsche Soldat aus einem schrecklichen Alptraum und fühlte in sich nur bedrückende Leere.“<sup>1</sup>



7 Vor dem Nichts.

Benoist ergänzte mit einem Hinweis auf ein auf beiden Seiten der Front mit größtem Mißtrauen beobachtetes Phänomen: „Hätte er nicht Vorgesetzte, die ihn daran hinderten, so hätte er sich mit den Männern von gegenüber, die ihm nach 52 Monaten gemeinsamer Entbehrungen näher standen als seine Landsleute in der Heimat, gern verbrüderet.“<sup>2</sup> Der Geheimdienstler Pierre Desgranges konstatierte: „So stand das deutsche Heer nicht nur zwischen den beiden Feuern der alliierten Armeen und der Revolutionäre – von der Niederlage und den Entbehrungen zerschmettert neigte es selbst zur Revolution.“<sup>3</sup>

Umso erstaunlicher war die unbeirrte Gewissheit Wilhelm Groeners bezüglich unverminderter Autorität der Offiziere, das Heer in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückführen zu können. „Die Gefahr planlosen Zurückflutens der Armeen war groß. Dagegen vermochte die neue Regierung von sich aus wenig zu tun. Nur mit Hilfe des alten Apparates ließ sich die ungeheure Aufgabe [...] lösen“<sup>4</sup>; schrieb einer der wichtigsten Handelnden der nächsten Wochen und Monate, Gustav Noske, zu dieser ersten großen und nun vorrangig zu bewältigenden Aufgabe. Die Volksbeauftragten einschließlich der drei Unabhängigen baten daher den letzten wilhelminischen Kriegsminister, in seinem Amt zu verbleiben, und richteten an Hindenburg offiziell das Ersuchen, mit den Offizieren die Heere nach Deutschland zurückzuleiten.<sup>5</sup> Das entsprechende Telegramm lautete:

„An Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Wir bitten, für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heer unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heere nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben Waffen und Rangabzeichen beizubehalten.“<sup>6</sup>

Den nun folgenden, über Wochen von den letzten Stellungen der ruhenden Westfront ausgehenden Rückzug der deutschen Heere verfolgte der schweizerische Kriegskorrespondent der Pariser Tageszeitung „Le Temps“, Paul Gentizon, aus nächster Nähe: „Zwei Millionen Deutsche, ihren Besiegern den Rücken zukehrend und entlang der Straßen oder in ihren letzten Gefechtsstellungen ent-

sprechend den Bestimmungen des Waffenstillstandes Hunderte von Geschützen und Maschinengewehren zurücklassend, nahmen in Etappen den Weg zurück in ihr Land auf.“<sup>7</sup> Mit der Präzision eines Uhrwerks zogen sich schier endlose Kolonnen aus Mensch, Tier und Wagen gen Osten zurück. Ein, so Jacques Benoist-Méchin, grandioses Schauspiel, das an die Völkerwanderungen erinnerte, und sich während des gesamten Novembers auf einer Frontlänge von 500 Kilometern täglich wiederholte.<sup>8</sup> Erich Otto Volkmann beschrieb dieses Schauspiel so:

„Wie ungeheuer Raupen kriechen die endlosen Kolonnen, ziehen hier sich zusammen, dehnen dort sich auseinander in ununterbrochener, bei Tag und Nacht nie ganz erstarrender Bewegung. Für jeden Mann ist die Stunde errechnet, ist der Platz bestimmt, wo er rastet, wo er isst, wo er schläft. Den kleinsten Fehler in der Marschdisposition der Führer, die geringste Unpünktlichkeit der Truppe büßen Tausende mit stundenlangem Warten, mit mangelndem Schlaf, mit leerem Magen. Niemals hat sich ein Uhrwerk aus Menschen so kunstvoll, so pünktlich bewegt.“<sup>9</sup>

Ausnahmsweise schien die Natur mit den Geschlagenen zu sein: „Gott hat Erbarmen. Es fällt kein Regen, es fällt kein Schnee“,<sup>10</sup> notierte Volkmann. „Das gewaltige Heer hatte sich ordnungsgemäß mit der Genauigkeit einer Maschine zurückgezogen. Diese marschierende Masse bewahrte ihre Ordnung, Disziplin und den Gehorsam ihren Vorgesetzten gegenüber, als hätte sie neue Kraft gewonnen“,<sup>11</sup> schrieb der beobachtende Paul Gentizon. Sensiblere Naturen konnten erahnen, daß die radikalen Revolutionäre an diesem Punkt im Grunde bereits verloren hatten. Dazu Jacques Benoist-Méchin: „Wer anders als der Generalstab hätte zu jener Zeit in Deutschland eine derartige Leistung vollbringen können? Etwa die Zentralregierung? Oder die Revolutionäre? Angesichts dieses Triumphes der Technik und der Autorität über den Geist der Unordnung und der Disziplinlosigkeit fand das Offizierkorps sein altes Selbstvertrauen wieder.“<sup>12</sup>

Eine bedrückende Schattenseite war dem aufmerksamen Beobachter Gentizon zuvor allerdings auch nicht verborgen geblieben. Binnen weniger Tage hatte sich der dramatische Unterschied gezeigt zwischen den zwar in jeder Hinsicht vollkommen abgekämpften, aber nach wie vor in hervorragender Disziplin marschierenden Soldaten der Fronttruppen, und Angehörigen der Etappenverbände,